

und...?!

FACHZEITSCHRIFT ZUR UNTERSTÜTZUNG LINKSRADIKALER DISKUSSIONEN

Seite 2–7:
Der 8. Mai - Ein
historischer Überblick

Seite 7–14:
Zur Geschichte der deutschen
Erinnerungskultur

Seite 14–16:
Recht und billig:
"Zwangsarbeiterentschädigung"

Seite 16–18:
"Was bedeutet: Aufarbeitung
der Vergangenheit"

Seite 18–20:
Sekundärer Antisemitismus und
aggressive Erinnerungsabwehr



GAME OVER

Krauts · Фритцы · Boches

8. Mai - Deutsche Erinnerungskultur

Der 8. Mai - Ein Historischer Überblick

Der 8. Mai 1945 kennzeichnet die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Den Sieg der Alliierten über Deutschland gilt es heute noch, oder besonders heute, 60 Jahre nach der deutschen Niederlage, zu feiern.

Das schmachlichste Kapitel deutscher Geschichte begann lange bevor fanatische Nazis es vollendeten. Die spärlichen emanzipatorischen Ansätze der Aufklärung in Deutschland, wichen bereits in der Romantik und vor allem in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs einem deutschen Nationalismus, der nach 1918 immer reaktionärer wurde. Zu den Hintergründen, aus denen sich das nationalsozialistische Deutschland entwickelte, zählen die Folgen und Auswirkungen des Ersten Weltkriegs. Die nationalistische und imperialistische Großmachtspolitik Deutschlands wurde mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg nicht aufgegeben, sondern sie wurde nur erzwungenermaßen vorübergehend unterbrochen. Die Dolchstoßlegende wurde folgenreich inszeniert: Deutschland wäre unbesiegt geblieben, wenn nicht undeutsche Verräter aus dem eigenen Land Deutschland in den Rücken gefallen wären. Als Verräter wurden dann wahlweise Demokraten, Kommunisten und/oder Juden ausgemacht. Der Versailler Friedensvertrag wurde von der breiten Öffentlichkeit als „Schmäh-Diktat“ wahrgenommen und alles wurde so zurechtgelegt, dass Deutschland in der Opferrolle erschien. Die deutsche Bevölkerung blieb ihrer traditionellen autoritätstreuen, monarchischen und völkisch-gemeinschaftlichen Gesinnung aus der Wilhelminischen Zeit, auch nach dem Krieg, bis in die Zeit der Weimarer Republik hinein treu. Die Weimarer Republik war der Versuch, eine Demokratie zu etablieren, die keiner wollte. Weder die Masse der deutschen Bevölkerung, noch das rechtskonservative, deutschnational weitergeführte Militär und der weiterhin monarchisch gesinnte Justiz- und Beamtenapparat wollten mit demokratischen Versuchen etwas anfangen oder sie umsetzen. Die neue demokratisch gewählte Regierung konnte die deutsche Republik nur in Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Freiwilligenverbänden, gegen den Versuch, eine Räterepublik nach sowjetischem Vorbild zu etablieren, durchsetzen. Das ungebrochene Ziel seit der Niederlage im Ersten Weltkrieg, war es, Deutschland wieder zu seiner verlorenen Großmachtrolle zu verhelfen. Die so genannte friedliche Revisionspolitik der Weimarer Republik zielte darauf ab, die Größe und Macht der deutschen Nation wieder herzustellen. Nationale und auch nationalsozialistische Kräfte eigneten sich natürlich besonders gut, diese Ziele durchzusetzen, und sie wurden immer stärker in die Regierung einbezogen. 1933 wurde die NSDAP in demokratischen Wahlen zur stärksten Partei gewählt und sie wurde somit an der Regierungsbildung beteiligt. So konnte sie ihr totalitäres Regime mit gesellschaftlicher Gleichschaltung und Terror durchsetzen und den Zweiten Weltkrieg vorbereiten. Öffentliche Zielsetzung war von Anfang an die Eroberung von neuem Lebensraum in Osteuropa und die Vernichtung der europäischen Juden.

Gesetze und Kriegsvorbereitungen

Reichstagsbrandverordnung

27. Februar 1933, der Reichstag brennt. Laut der NSDAP angezündet von dem niederländischen Kommunisten Marinus van der Lubbe, der bald danach unter Berufung auf die

Reichstagsbrandverordnung ohne irgendwelche Beweise zum Tode verurteilt wird.

Die Reichstagsbrandverordnung setzte die Grundgesetze der Weimarer Verfassung außer Kraft und bildete somit die Möglichkeit für nationalistische Gruppen ihre Ideologien mit allen erdenklichen Mitteln zu verbreiten bzw. durchzusetzen. Die weit reichende Regelung wurde unter dem irreführenden Titel

„Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 von Reichspräsident Paul von Hindenburg erlassen.

Irreführend deshalb, weil das Gesetz keineswegs die Bürger vor irgendeiner Gefahr schützte, sondern sie nur in ihrem Recht auf persönliche Freiheit einschränkte.

Dies ging soweit, dass die freie Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit und des Versammlungsrechts nur mehr innerhalb enger Grenzen erlaubt war. Eingriffe in das Brief- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen waren nun legitim. Die Verordnung wurde von den Nazis zunächst nur im Kampf gegen die Kommunisten als Legitimation verwendet, ganz so, wie es ihr Wortlaut suggerierte.

Allerdings wurde ihr Wirkungsbereich im Rahmen der Volksgemeinschaftslehre der Nationalsozialisten bald erweitert. Diese „erweiterte Interpretation“ des Gesetzes durch die Nazis basierte darauf, dass letztlich praktisch alle politischen Entwicklungen, die nicht im Sinne des Nationalsozialismus waren, auf die Agitation der Kommunisten zurückgehen würden. Dadurch konnten mit Berufung auf den Text der Verordnung plötzlich alle politischen Gruppen bekämpft werden, die dem Regime ein Dorn im Auge waren.

In der zweiten Stufe der „erweiterten Interpretation“ wurden dann praktisch alle Handlungen und Tätigkeiten Einzelner und Gruppen als letztlich politisch definiert, da es nach nationalsozialistischem Verständnis keinen unpolitischen Bereich in der Volksgemeinschaft geben konnte. Dies bedeutete, dass fortan de facto alles und jeder unter den Geltungsbereich der Verordnung fiel, und somit praktisch jedem alle Grundrechte entzogen werden konnten, wenn das Regime das wünschte. Daher bildet diese Verordnung quasi die gesetzliche Basis des Nazi-Regimes, da sie es möglich machte, den Einsatz willkürlicher Macht seitens des Staates als legitim darzustellen und aufbauend auf der Notverordnung immer mehr Gesetze zu erlassen, die zu Beginn allerdings noch von Reichstag und Reichsrat abgesegnet werden mussten.

Ermächtigungsgesetz

Dies änderte sich allerdings mit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (auch „Ermächtigungsgesetz“ genannt) vom 23. März 1933, welches der Regierung unter Reichskanzler Adolf Hitler ermöglichte, für den vorläufigen Zeitraum von vier Jahren, Gesetze, ohne die Zustimmung einer weit eren Institution, zu verabschieden. Dazu war jedoch eine zwei-drittel Mehrheit im noch bestehenden Parlament nötig. Um diese zu erlangen, schaltete die NSDAP systematisch alle Abgeordneten, die gegen ein solches Ermächtigungsgesetz stimmen würden, aus, d.h. die KPD wurde verboten bzw. alle Abgeordneten wurden inhaftiert

oder ermordet und die Abgeordneten der SPD sollten mit Morddrohungen dazu gebracht werden, für das Gesetz zu stimmen. Alle anderen bürgerlichen Parteien stimmten dem Gesetz zu. Somit war die SPD die einzige Partei, welche gegen das Gesetz stimmte.

Nun konnte die Regierung um Hitler eigenmächtig Gesetze erlassen, wobei die eigentlichen Ziele der NSDAP die Umwandlung der Verfassung und die Abschaffung des Parlaments waren.

Die Nürnberger Gesetze

Die wichtigsten dieser eigenmächtig erlassenen Gesetze sind die „Nürnberger Gesetze“ (auch „Nürnberger Rassengesetze“), die am 15. September 1935 auf dem 7. Reichsparteitag der NSDAP vom Reichstag einstimmig beschlossen wurden. Sie beinhalteten zum einen das

„Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ („Blutschutzgesetz“), welches besagte, dass die Ehe zwischen Juden und Nicht-Juden so wie deren außerehelicher Geschlechtsverkehr, unter Androhung von Gefängnisstrafen, verboten ist.

Die Strafanndrohung für den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und

Nicht-Juden richtete sich nur gegen den Mann, nicht gegen die Frau. Diese Regelung soll auf eine persönliche Eingebung Adolf Hitlers zurückgehen und zeugt von einem Frauenbild, das die Frau als sexuell unmündig begreift.

Des Weiteren wurde das Reichsbürgergesetz erlassen, in welchem es hieß, dass nur

„Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ Reichsbürger sein konnten.

Das Gesetz hatte zur Folge, dass keine Juden mehr ein öffentliches Amt bekleiden durften und die jüdischen Beamten ihren Dienst bis zum 31. Dezember 1935 quittieren mussten. In einer Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz wurde geregelt, wer nach nationalsozialistischer Auffassung "Volljude" oder „Mischling“ ("Halb"- oder "Vierteljude") war. Die Einteilung wurde nach der Anzahl jüdischer Großelternanteile vorgenommen.

Als drittes Gesetz wurde das „Reichsflaggengesetz“ abgesegnet, durch welches die Hakenkreuzfahne offiziell als Staatsflagge bestimmt wurde.

Die „Nürnberger Gesetze“ gelten als Grundlage bzw. Legitimation für die antisemitische Hetze und die Verfolgung durch die Nazis.

Verträge

Ab diesem Zeitpunkt beginnen die konkreten Vorbereitungen Hitlers und seiner Partei für den kommenden Krieg. Zu Beginn wird 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, ein eindeutiger Verstoß gegen den Versailler Vertrag, in welchem die allgemeine Wehrpflicht untersagt und die Anzahl der Landstreitkräfte Deutschlands auf 100.000 Soldaten beschränkt wird.

Darüber hinaus besetzen deutsche Truppen im März 1936 das entmilitarisierte Rheinland.

Trotz der Verstöße gegen den Versailler Vertrag und der Kriegsvorbereitungen Hitlers betrieb Englands Premier Neville Chamberlain weiter seine Appeasement- Politik, d.h. England mischte sich, genauso wie Frankreich, nicht in die Politik Deutschlands ein.

Am 25. November 1936 wurde in Berlin der

„Antikominternpakt“ zwischen Japan und dem Deutschen Reich zur Bekämpfung der kommunistischen Internationale (Komintern) unterzeichnet. In einem geheimen Zusatzprotokoll sicherten sich die beiden Staaten Neutralität im Falle eines Angriffs der Sowjetunion zu. Ohne dieses geheime Zusatzprotokoll zu kennen, trat Italien (1937) diesem Pakt bei. Später folgten Spanien und Ungarn (beide 1939), dann Finnland, die Slowakei und Bulgarien (alle 1941).

Im März 1938 verließen Truppen erstmals das deutsche Reich und marschierten in Österreich ein. Ohne größeren militärischen oder politischen Widerstand seitens Österreichs proklamierte Hitler den Anschluss an das Deutsche Reich.

Gerade weil es keinen Widerstand gegen die Angliederung gab, ist es heutzutage unverständlich, weshalb sich einige Österreicher als die ersten Opfer des Nationalsozialismus sehen und sich selbst bemitleiden, zumal sie damals sofort nach der Angliederung ihr Heer unter die Leitung der Deutschen gestellt haben, um deren Ideologie zu verbreiten.

Den traurigen Höhepunkt der englisch-französischen Appeasement- Politik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland stellte ohne Zweifel das Münchner Abkommen vom September 1938 dar. In diesem Abkommen stimmen England und Frankreich der Abtretung des Sudetenlandes, welches zur Tschechoslowakei gehörte, an das Deutsche Reich zu.

Mitte 1939 marschierten deutsche Truppen sogar, ungehindert von Frankreich und England, in der „Resttschechei“ ein.

Weil Polen Deutschland verweigerte, eine Eisenbahnlinie und eine Straße nach Ostpreußen zu bauen, kündigte Deutschland am 28. April 1939 den „deutsch-polnischen Nichtangriffspakt“. In dem bereits 1934 unterzeichneten Vertrag war vereinbart worden, zukünftige Streitfragen zwischen den beiden Ländern friedlich zu lösen. Insbesondere die schwierige Situation der Gebiete, die Deutschland aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages abtreten musste, sollte auf diese Weise geregelt werden.

Die Aufkündigung des Nichtangriffspaktes markiert eine Wende in der Politik des Deutschen Reiches. Vorrangiges Ziel war nun nicht mehr die Revision des Versailler Vertrages, sondern eine expansive Politik mit dem Ziel der Schaffung von neuem Lebensraum im Osten. Damit wandte sich Hitler auch von der kooperativen Revisionspolitik mit Russland ab. Polen sollte als Speerspitze bei der Ostexpansion nach Russland dienen. Ursprünglich wollte Hitler Polen als Juniorpartner an der Ostexpansion beteiligen, was von der polnischen Seite abgelehnt wurde.

Der für das Kriegsgeschehen wohl wichtigste Pakt wurde am 23. August 1939 in Moskau unterzeichnet. Der Hitler-Stalin-Pakt (auch "sowjetisch-deutscher Nichtangriffspakt") sah neben der Nichtangriffsklausel auch die gegenseitige Neutralität im Kriegsfall der anderen Partei vor. Ein geheimes Zusatzprotokoll legte die Aufteilung der Länder Nord- Ost- und Südeuropas fest, sofern es zu einer „territorialen Umgestaltung“ kommen sollte.

Kriegsausbruch

Polenfeldzug

Am 31. August 1939 stürmen deutsche SS-Soldaten in polnischen Uniformen den deutschen Sender Gleiwitz. Dies war eine von mehreren fingierten Maßnahmen auf deutscher Seite, um den Angriff auf Polen zu rechtfertigen.

Hitler verkündete, dass „Polen nun erstmals auf unser eigenes

Territorium geschossen habe“, und, „dass seit 5:45 Uhr zurück geschossen werde“. Die Wehrmacht „überrollte“ zu Beginn des Feldzuges mit ca. 1.5 Mio. Soldaten die zahlenmäßig weit unterlegene polnische Armee.

Auf die Androhungen der Westmächte, in den Krieg einzutreten, wenn der Feldzug gegen Polen nicht beendet werde, reagierte Hitler mit der Forderung an die Westmächte, friedlich zu bleiben, da er ihnen gegenüber keinerlei Ansprüche habe. Kurz nach dieser Rede, die Hitler in Berlin vor dem Reichstag hielt, erklärten Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg.

Am 17. September zerschlug sich die Hoffnung der Polen, ihr Land im Osten zu verteidigen, denn entsprechend dem geheimen Zusatzprotokoll des „Hitler-Stalin-Paktes“ marschierte die Rote Armee in Ostpolen ein. Der Feldzug in Polen dauerte bis zum 6. Oktober, als sich schließlich die letzten polnischen Truppen ergaben.

Blitzkrieg im Westen

Um die kriegswichtige Rohstoffversorgung zu sichern, marschierten am 6. April 1940 deutsche Truppen in Norwegen und Dänemark ein und konnten sehr schnell wichtige Industriezentren besetzen.

Da die Alliierten aber mit dem deutschen Angriff auf Norwegen gerechnet hatten, mobilisierte England einen Großteil seiner Flotte in Richtung Norwegen und die alliierten Verbände konnten die Wehrmacht teilweise in arge Bedrängnis bringen, mussten dann aber dennoch ihre Truppen, aufgrund des raschen Vormarsches der Wehrmacht in Frankreich und den Benelux-Staaten, abziehen, um ihre Verbündeten im Kampf gegen die Nazis zu unterstützen.

Am 10. Mai begann der genannte Angriff auf die neutralen Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg. Da diese Staaten aufgrund ihrer Neutralität so gut wie gar nicht auf einen Krieg eingestellt waren, kamen die deutschen Truppen sehr schnell voran. Die in Belgien stationierten 330 000 britischen Soldaten wurden angesichts der überlegenen deutschen Wehrmacht evakuiert.

Der Krieg gegen Frankreich begann am 5. Juni 1940. Am 14. Juni besetzten Teile der Wehrmachtstruppen die französische Hauptstadt Paris.

Angesichts dieser Niederlagen beschloss der französische Ministerpräsident Henri Philippe, Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu beginnen. Am 21. Juni mussten die Franzosen in Compiègne die Waffenstillstandsbedingungen unterschreiben. Damit die französische Flotte nicht in deutsche Hände fallen konnte, nahmen die Briten am 3. Juli den Hafen von Mers-el-Kebir unter Beschuss.

Nur 6 Wochen und drei Tage hatte der Blitzkrieg im Westen gedauert. Er forderte das Leben von über 135.000 alliierten und etwa 46.000 deutschen Soldaten. Frankreich wurde in 2 Zonen geteilt: der Norden und Westen Frankreichs war von den Deutschen besetzt. Hier befanden sich wichtige Flugfelder und Marinebasen für den Krieg gegen Großbritannien. Die Häfen am Atlantik wurden die wichtigsten Operationsbasen für die deutsche Marine. Der östliche und südliche Teil Frankreichs blieben unter französischer Kontrolle. Henri Philippe regierte von Vichy aus den Rest Frankreichs als Marionettenstaat des deutschen Reichs.

Luftschlacht um England

Erklärtes Ziel Deutschlands in der Luftschlacht um England

war die Vorbereitung zur Invasion, vor allem durch die Vernichtung der Royal Air Force sollte es den späteren Invasionstruppen vereinfacht werden, in England einzumarschieren.

Während dieser Luftschlacht um England werden auch Städte wie Coventry, genauso wie Dresden ein wichtiger Rüstungsstandort, bombardiert, wobei es zu zahlreichen Opfern unter der Bevölkerung kommt. Trotz der fanatischen Bemühungen der deutschen Soldaten kann sich England erfolgreich verteidigen.

Krieg auf dem Balkan

Deutschlands Vertragspartner Italien beteiligte sich, unter der Führung seines „Duce“

Mussolini, an den Kriegshandlungen auf dem Balkan. Ziel Italiens war es, Griechenland „im Sturm zu erobern“, so der „Duce“. Dieses Vorhaben wurde jedoch durch die erfolgreiche Verteidigung Griechenlands durchkreuzt. Nun schalteten sich auch deutsche Truppen auf dem Balkan ein und richteten regelrechte Massaker an, wie z.B. auf Kreta. Alle anderen Staaten auf dem Balkan wurden relativ schnell von der Wehrmacht unterworfen.

Russlandfeldzug

Am 22. Juni 1941 begann der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. Erklärtes Ziel Hitlers war die Schaffung von neuem Lebensraum im Osten und die systematische Vernichtung der Bevölkerung. Auch hier kamen die deutschen Truppen anfangs sehr schnell voran, wobei sie schon auf dem Vormarsch Richtung Moskau und im ganzen eroberten Sowjetgebiet Massenerschießungen und bestialische Ermordungen unter der Zivilbevölkerung durchführten. Nach kurzer Zeit der Verwirrung sammelten sich die sowjetischen Truppen und die sowjetische Führung rief den „Großen Vaterländischen Krieg“ aus.

Nachdem die Rote Armee ihre Gegenoffensive gestartet hatte, konnte die Wehrmacht zurückgetrieben werden und es kam zu vereinzelt Schlachten um größere Städte. Auch während ihres Rückzuges vernichtete die flüchtende Wehrmacht noch alles nicht arische Leben und richtete Massenmorde von ungeheurer Grausamkeit an.

Stalingrad

Am 23. August 1942 begann die deutsche Luftwaffe, mit ca. tausend Flugzeugen Brandbomben über Stalingrad abzuwerfen, gleichzeitig konnte die 6. Deutsche Armee in Stalingrad eindringen. In erbitterten Einzelkämpfen in den Häusern und Straßen der Stadt kamen die Deutschen langsam voran. Schließlich beherrschte die Wehrmacht zwar etwa 90% der Stadt, die zum Trümmerhaufen geworden war, die vollständige Inbesitznahme misslang jedoch. Am 19. November begann die Gegenoffensive der Roten Armee, wobei die rumänischen Linien im Süden durchbrochen werden konnten. Wenige Zeit später vereinten sich diese Truppen mit sowjetischen Verbänden, die vom Norden her die deutschen Stellungen durchbrachen. Die von Göring versprochene Luftversorgung war völlig unzureichend und führte recht bald zur Unbeweglichkeit der deutschen Verbände. General Paulus fühlte sich an den Halte-Befehl Hitlers gebunden und konnte sich nicht dazu durchringen, den Befehl zur Aufgabe zu geben. Am 10. Januar 1943 griffen 7 sowjetische Armeen in einer groß angelegten Gegenoffensive die deutschen Truppen im

Kessel von Stalingrad an. Am 2. Februar blieb den Befehlshabern nur die Möglichkeit der Kapitulation. Die Schlacht um Stalingrad markierte einen psychologischen und militärischen Wendepunkt im Krieg.

Und dennoch war in Deutschland der Wille zum Krieg nicht gebrochen.

Diese Schlacht um Stalingrad wurde von Propagandaminister Goebbels genutzt, um Angst vor den „mordenden Kommunisten“ zu verbreiten, um somit den Hass zu schüren, eine Geschlossenheit in der deutschen Bevölkerung zu erreichen und um enorme Rachegefühle hervorzurufen, die im „totalen Krieg“ ausgelebt werden sollten.

Vom heldenhaften Kämpfen der „ehrbaren“ deutschen Soldaten gegen die Nichtarier wurde im Heimatland gerne gehört, ohne zu wissen zu wollen, was wirklich an der Front passierte.

Der Krieg im Westen

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten in dem Konflikt zunächst formale Neutralität bewahrt, d.h. sie kämpften nicht an der Seite der Alliierten, sondern unterstützten England und die Sowjetunion mit Hilfsgütern und Waffen.

Diese Hilfe wurde jedoch Ende 1942 praktisch, als es zu ersten Kampfhandlungen zwischen amerikanischen und deutschen Truppen kam, nachdem die USA am 7. Dezember 1941 in den Krieg eingetreten waren. Obwohl sich die USA, nach dem Angriff auf Pearl Harbor durch die Japaner, verständlicherweise auf die Kampfhandlungen im Pazifik hätten konzentrieren können, war die Absprache „Germany first“ mit England klar definiert.

Am 10. Juli landeten die Alliierten in Italien, wo sie die Italiener durch einen schnellen Vormarsch in Angst versetzten, so dass diese ihren „Duce“ absetzten und am 13. Oktober dem Deutschen Reich, an der Seite der Alliierten, den Krieg erklärten. Am so genannten D-Day, dem 6. Juni 1944, landeten kanadische, englische und amerikanische Truppen in der Normandie, wo es ihnen unter schweren Verlusten und enormem Aufwand gelang, eine Landezone für weitere Verbände zu sichern. Die Truppen kamen nur langsam voran, wobei sie unter weiteren schweren Verlusten am

25. August 1944 Paris befreiten. Mit Aachen eroberten die Alliierten am 21. Oktober erstmals eine deutsche Stadt. Dieser Vormarsch wurde jedoch durch die deutsche Ardennenoffensive, welche zum Ziel hatte, die Linie der alliierten Truppen zu spalten, gestoppt.

Anhand der Ardennenoffensive im November 1944 kann man gut erkennen, mit welcher Verbissenheit die deutschen Soldaten, trotz aussichtsloser Lage und drohendem Kriegsende, gekämpft haben.

Entgegen vieler geschichtsrevisionistischer Auslegungen der Bombardierung deutscher Städte gegen Ende des Krieges, muss man sagen, dass die Bombardierungen von Dresden am 13. Februar 1945 und Hamburg im Juli 1945 maßgeblich dazu dienten, den Krieg zu verkürzen.

So waren beispielsweise in Dresden noch zahlreiche Rüstungsfabriken damit beschäftigt, Waffen für die Front zu produzieren. Jetzt lassen einige Kritiker der englischen Vorgehensweise verlauten, dass sie nicht nur militärische Ziele sondern auch zivile getroffen hätten, dennoch kommen im Krieg nun mal immer Zivilisten zu Schaden bzw. ums Leben, was die Kritik um einiges entkräften dürfte. Zumal bei deutschen Fliegerangriffen auf Rotterdam, London und

Coventry beileibe nicht nur Soldaten umgekommen sind.

Vormarsch der Roten Armee

Zeitgleich spielte sich an der Ostfront folgendes ab. Nach der Schlacht um Stalingrad waren die deutschen Truppen im Osten sehr schnell von der Roten Armee zurückgedrängt worden. Am weitesten Richtung Westen drangen sowjetische Verbände im Zuge der Winteroffensive 1945 vor, wobei sie am 27. Januar das Vernichtungslager Auschwitz- Birkenau erreichten, welches aber vorher von den SS-Truppen aufgegeben worden war, so dass nur noch wenige Menschen befreit werden konnten. Die anderen Inhaftierten waren entweder auf irrsinnige Todesmärsche quer durch das Reich geschickt worden oder noch an Ort und Stelle exekutiert worden. Am Ende dieser Offensive standen die sowjetischen Truppen an der Oder- Neiße – Grenze, ca. 80 Kilometer vor der Reichshauptstadt Berlin. Am 25. April war Berlin bereits voll und ganz von sowjetischen Truppen umzingelt, aber der Kriegswille der Deutschen war anscheinend noch nicht gebrochen, denn es dauerte noch bis zum 2. Mai, als sich endlich auch die letzten fanatischen Kämpfer des „tausendjährigen Reiches“ in Berlin ergaben. Ihr Führer hatte derweil Selbstmord begangen, um den Sowjets nicht in die Hände zu fallen.

Das Kriegsende in Europa

Am 25. April trafen sich amerikanische und sowjetische Truppen in Torgau an der Elbe, wobei die US- Truppen weiter nach Süden vorrückten, die Briten weiter nach Nordosten und die Sowjets sich weiter auf ihren Einflussbereich im Osten und Berlin konzentrierten.

So wurde am 30. April 1945 München von den Amerikanern besetzt, welche danach weiter Richtung Alpen vorrückten, wo sie am 3. Mai ihre Landsleute trafen, die Italien von Süden her befreit hatten.

Nach dem Selbstmord Hitlers wurde Großadmiral Karl Dönitz am 1. Mai Reichspräsident.

Am 7. Mai hieß es dann „Game over krauts“. Alle Wehrmachtstruppen kapitulierten im Rahmen einer Gesamtkapitulation, die Generaloberst Alfred Jodl in Reims gegenüber General Eisenhower am 8. Mai 1945 unterzeichnete. Am 9. Mai wiederholte sich dieser Akt in Berlin-Karlshorst, um die Verdienste der Roten Armee gegen den deutschen Nationalsozialismus zu ehren. Am 9. Mai 1945 trat die Gesamtkapitulation in Kraft und stellte somit das Ende eines seitens der Deutschen menschenverachtenden Krieges dar, welcher weltweit circa 60 Millionen Menschen das Leben gekostet hat.

Deshalb gilt es auch weiterhin, den 8. Mai als den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus anzusehen, sich Jahr für Jahr an die Verdienste der Alliierten zurück zu erinnern, die es unter herben Verlusten ermöglichten, dass wir heute nicht unter der Herrschaft des Nazi-Regimes zu leiden haben, und sich auch weiterhin bewusst zu sein, wer die Täter und wer die Opfer waren.

Antisemitismus und Holocaust

Der in Deutschland schon seit dem Mittelalter immer wieder aufflackernde Antisemitismus, der in der Vergangenheit bereits immer wieder pogromartig ausgebrochen war, radikalisierte sich Mitte des 19. Jahrhunderts und verband sich aufs Innigste mit dem deutschen Nationalismus.

Die frühere typisch antisemitische Personalisierung des Wuchers in „ dem Juden“ wurde mit dem modernen Antisemitismus dahingehend ausgeweitet, dass Juden für sämtliche negativ empfundenen Auswirkungen der Moderne erhalten mussten. Im falschen Bewusstsein der bürgerlichen Gesellschaft rückten derartige Projektionen immer stärker ins Zentrum. Zwar wurden zentrale Prinzipien der modernen kapitalistischen Gesellschaft wahrgenommen, diese wurden aber jedoch nicht auf die eigene kapitalistische Gesellschaft zurückgeführt, sondern sie wurden „nach außen“, auf eine „fremde“ Gruppe projiziert. Besonders die neuen abstrakten Herrschaftsverhältnisse, bedingt durch das Wertverhältnis, wurden in der Figur „des Juden“ personalisiert. Der Ausgangspunkt der Widersprüche einer kapitalistischen Gesellschaft, der Gegensatz zwischen dem im Geld verselbstständigten Wert, und dem Gebrauchswert, wurde auf „die Juden“ als eine von ihnen ausgehende Macht halluziniert. Der unbegriffene Wertfetisch wurde personalisiert und „die Juden“ wurden als die Bösen ausfindig und verantwortlich gemacht für alle Übel auf der Welt. Eine typische Projektion im wirtschaftlichen Bereich war, im Gegensatz zum industriellproduktiven Kapital, das schlechte, geldgierige Finanzkapital, das zersetzend und zerstörend auf jede Gemeinschaft wirke. Der auf Vernichtung drängende Antisemitismus des Nationalsozialismus und die Entstehung des selbigen, lässt sich natürlich nicht nur auf die allgemeine Geschichte des Antisemitismus zurückführen sondern muss in der besonderen geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands gesucht werden.

Die Gegenüberstellung von „schaffendem“ (nicht-jüdischem, sondern arischen) Kapital und „raffendem“ (jüdischem) Kapital, findet sich in der nationalsozialistischen Gesellschaftsideologie auch wieder. „Die Juden“ werden als weltweite Sündenböcke und als Feinde und größte Bedrohung des deutschen Volkes ausgemacht. Einerseits werden „dem Juden“ Merkmale wie Unproduktivität und Minderwertigkeit zugeschrieben, und er wird als „Unter- bzw. Tiermensch“ gebrandmarkt, zugleich aber wird er als bössartig, mächtig und gefährlich eingestuft, und somit eine Bedrohung für die moralische und gesellschaftliche Ordnung darstelle.

Als „Untermensch“ wird er, im Gegensatz zum arischen „Herrenmenschen“ nicht als vollwertiges menschliches Mitglied einer Gemeinschaft anerkannt, jeder soziale Status und gesellschaftliche Anerkennung werden ihm abgesprochen. Somit steht „den Juden“ in der nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung schon mal kein sozialer, gesellschaftlicher und rechtlicher Schutz zu, nein im Gegenteil, sie werden als Bedrohung für die wertvolle „arische Rasse“ angesehen und ihnen wird deshalb sogar jedes Recht auf Leben abgesprochen. Die Gesetze, die von 1933-1945 in Deutschland zur „Judenpolitik“ erlassen wurden, zeigen, dass der jüdischen Bevölkerung schrittweise jedwede sozialen und menschlichen Rechte entzogen wurden und eine Entwicklung hin zur eliminatorischen „Judenpolitik“ stattfand, die in einem Vernichtungsfeldzug gegen das europäische Judentum gipfelte. Dieses Geschehen spielte sich bis mindestens 1941 in aller Öffentlichkeit ab! Die erlassenen Gesetze wurden vom Großteil der deutschen Bevölkerung willig umgesetzt.

Der Zeitraum des so genannten friedlichen Terrors (1933-35) bedeutete das allmähliche Ausschalten der jüdischen Bevölkerung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Zu diesem Zweck wurde z.B. das Gesetz „zur Wiederherstellung



des Berufsbeamtentums“ verabschiedet. Seit dem „Boycott-Tag“ setzte sich die deutsche Öffentlichkeit dafür ein, dass Geschäfte mit jüdischen Inhabern zugrunde gingen. Durch die Koordination aller staatlichen Maßnahmen gelang es von 1935-38 die Juden in Deutschland systematisch zu diffamieren und zu deklassieren. Mit den „Nürnberger Gesetzen“ spricht man ihnen die Staatsangehörigkeit und die damit verbundenen politischen Rechte ab. „Mischehen“ wurden „zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verboten. Die rechtliche Grundlage, Juden aus allen Berufen zu entlassen, bot der „Arierparagraph“. Enorme private und staatliche Bereicherungen fanden durch die „Zwangsarisierung der Wirtschaft“ statt. Die Gesetze die im Zeitraum von 1938- 41 verabschiedet und umgesetzt wurden, zielten auf die Verminderung der Juden in Deutschland durch Vertreibung ab, indem man ihnen ihre sozialen und rechtlichen Absicherungen entzog, ihnen das Leben in Deutschland unmöglich machte. Mittels immer häufiger werdender Verhaftungswellen, Einlieferungen in KZs und dem „Polenakt“ (Ausweisung von Juden, deren Vorfahren irgendwann einmal in Polen gelebt hatten), kam man dieser Zielsetzung nach. Am 9./11. November 1938 fanden dann die ersten gesteuerten Pogrome, die „Reichspogromnacht“ statt. Ganz normale deutsche Bürger kümmerten sich mit Hilfe der Polizei und SS darum, dass möglichst viele jüdische Häuser, Geschäfte und Synagogen zerstört wurden und Juden, schikaniert, verletzt und verhaftet wurden. Das öffentliche Leben des deutschen Judentums wurde zum völligen Erliegen gebracht und die Menschen zu Massenfluchten gezwungen, oder in KZs inhaftiert.

Mit Kriegsbeginn 1939 wurden Millionen von Juden durch Zwangsarbeit, vor allem in Rüstungsbetrieben wirtschaftlich ausgebeutet. Die ersten Massendeportationen in die Lager nach Ostpolen begannen.

Primäres Ziel ab 1942, auf das jetzt fast ausschließlich hingearbeitet wurde, war die Ausrottung des europäischen Judentums, die „Endlösung der Judenfrage“. Die in der „Wannseekonferenz“ festgelegte „Säuberung von West nach Ost“ sah vor, alle Juden durch unmenschliche Arbeitseinsätze oder Massenvernichtungen in den Lagern zu ermorden. Die Lager in denen die Vernichtung größtenteils stattfand, gab es als speziell nationalsozialistische Einrichtungen bereits seit der Machtergreifung. 1933 wurde bei einer Pressekonferenz die Errichtung des ersten offiziellen Konzentrationslagers in Dachau öffentlich bekannt gegeben. Insgesamt wurden, vor

allein in Osteuropa, mehr als 10000 dieser Lager errichtet, die größtenteils von deutschem Personal geleitet wurden. Aufgabe war es, unschuldige Menschen gefangen zu nehmen, zu schikanieren, zu entwürdigen, zu entmenschlichen, auszubeuten und zu töten. Für die Insassen dieser Lager bedeutete dies, zu schlimmsten körperlichen, geistigen und emotionalen Verzweiflungen und Verstümmelungen gezwungen zu werden. Und seit 1942 bedeuteten sie für Juden den sicheren Tod. Ziel war die Massentötung von Juden, die in den Vernichtungslagern Auschwitz, Belzec, Chelmno, Sobibor und Treblinka gipfelte. Dieser deutsche Wahnsinn, dem mindestens sechs Millionen Juden zum Opfer fielen, konnte nur mit der Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands beendet werden.



Konzentrationslager Auschwitz

Von der kollektiven Amnesie zur kollektiven Absolution zur Geschichte der deutschen Erinnerungskultur

*Ein Deutscher ist ein Mensch,
der keine Lüge aussprechen kann,
ohne sie selbst zu glauben*

(Theodor W. Adorno: Minima Moralia. Reflexionen aus dem
beschädigten Leben. S. 141)

Die Deutschen wollen von ihrer Vergangenheit nichts mehr wissen. Das ist wahr und doch nur die halbe Wahrheit, denn während man im wiedervereinigten Deutschland vor allem von Judenvernichtung und anderen deutschen Verbrechen nichts mehr hören will, hat die 'Aufarbeitung' von Flucht und Vertreibung und »alliiertem Bombenterror« seit einiger Zeit Hochkonjunktur. Der eigenen Opfer zu gedenken, darin besteht deutsche Erinnerungskultur. Gerade der Hang, sich selbst in die ewige Opferrolle hinein zu halluzinieren, verweist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte auf ideologische Kontinuitäten und verheißt nichts Gutes. Die vergangenheitspolitischen Debatten und diversen Antisemitismusstreite der letzten Jahre liefen häufig nach dem selben Schema ab: Auf den gezielten antisemitischen 'Tabubruch' folgen die erwarteten - und verständlichen - Reaktionen, die wiederum zum Anlass genommen werden, sich in die Opferpose zu werfen, um noch erbitterter gegen jüdische Repräsentanten loszuschlagen. Es ist der Typus der »verfolgenden Unschuld« (Karl Kraus), der in der Öffentlichkeit zunehmend auf Zustimmung rechnen kann. Grund genug, sich angesichts des 60 Jahrestags der Niederschlagung Nazi-Deutschlands die Entwicklung jener Erinnerungskultur einmal näher zu betrachten. Dabei wird auch zu zeigen sein, dass ein neues deutsches Geschichtsbewusstsein zwar erst mit der Wiedervereinigung '89 besonders virulent wurde, jedoch bereits sehr viel früher seinen Anfang nahm.

Keine Stunde Null

Als das nationalsozialistische Deutschland am 8. Mai 1945 kapitulierte, war dies eine siegreiche Niederlage, das vorrangige Ziel der Nazis, die Vernichtung mindestens des europäischen

Judentums, war nahezu vollständig erreicht worden. Der zunehmend eliminatorische Antisemitismus, der seinen Kulminationspunkt in den Vernichtungslagern der Deutschen und in den bis zur buchstäblich letzten Minute exerzierten Todesmärschen (deren letzter begann noch am 7. Mai '45) gefunden hatte, machte auf tragische Weise deutlich, wie recht die Skeptiker und Zweifler in Sachen Assimilation unter den Juden, die Zionisten, mit ihrer Auffassung gehabt hatten, eine Lösung der Antisemitenfrage könne nur durch einen eigenen jüdischen Staat erreicht werden, mit eigener Armee, die stark genug wäre, um sich gegen antisemitische Mordbanden zu verteidigen. Bekanntlich kam dieser Staat zu spät.

In Deutschland folgte auf die gewaltsame und verlustreiche Niederschlagung der deutschen Volksfront indes das große Schweigen. Niemand wollte etwas gewusst, niemand sich an den Verbrechen beteiligt haben. Dass es eine Stunde Null, also einen tatsächlichen Bruch mit dem NS niemals gegeben hat, belegen nicht nur die vielen hohen Nazifunktionäre, die ihre Karriere auch nach dem Krieg nicht einmal für kurze Zeit unterbrechen mussten, sondern auch eine Umfrage unter den Deutschen, die im August '49 unter den Befragten auf 23% bekennender Antisemiten kam, eine Zahl, die in der Folge rasch steigen sollte.

Dennoch aber war nach '45 den Tätern eine allzu offene Artikulation ihres Wahns und anschließendes zur Tat Schreiten wenn schon nicht vollständig genommen, so doch deutlich erschwert, nicht zuletzt deshalb, weil offene antisemitische Hetze jetzt einen Straftatbestand darstellte. Nur durch das kollektive Beschweigen der Vernichtung schien die deutsche Volksgemeinschaft über '45 hinaus gerettet werden zu können. Alle waren plötzlich ehrliche Demokraten und den Nationalsozialismus betreffend lautete die Devise: Kein Wort mehr darüber! Das Wissen, jene Schreckenstaten begangen, mitbegangen oder ihnen einfach zugesehen zu haben, dieses Wissen konstituierte die Volksgemeinschaft in neuer Weise: eine Art heimliche, verschworene Gemeinschaft von Mördern und Mitwissern, Gerhard Scheit spricht hier von einer

„Verinnerlichung oder Subjektivierung der Volksgemeinschaft“.¹

Doch waren dies auch bittere Jahre für jeden aufrechten Deutschen, Jahre, in denen die Rückgewinnung einer ganz Deutschland umfassenden Souveränität in immer weitere Ferne zu rücken schien. Das beharrliche Leugnen deutscher Verbrechen, die teils aggressive Erinnerungsabwehr in Verbindung mit einem nach wie vor latenten Antisemitismus, erwies sich für die deutschen Bestrebungen um „Normalität“ geradezu als kontraproduktiv. Notwendig war es deshalb, die Definitionshoheit über die Geschichte zurückzuerobern, und dazu war nicht Schweigen angesagt. Vielmehr bedurfte es einer Reihe neuer deutscher Dichter und Denker und einiger sogenannter „Tabubrüche“. Am Ende wurde der Holocaust gar in eine bundesdeutsche Identität integriert. Doch so weit war man noch nicht.

Zunächst widmete man seine ganze Aufmerksamkeit den vermeintlich heroischen Taten der sogenannten „Trümmerfrauen“ und erfreute sich am schnellen wirtschaftlichen Aufstieg Nachkriegsdeutschlands. Die dem zugrunde liegende Verdrängungsleistung wird besonders evident, wenn man bedenkt, dass der Nachkriegsaufschwung neben den amerikanischen Krediten vor allem auf der Beute, die man im Zweiten Weltkrieg und im Massenmord an den Juden gemacht hatte, beruhte, sowie auf der Zwangs- und Sklavenarbeit, die vom Dritten Reich in diesem Zusammenhang organisiert worden war. Der Raub von Rohstoffen, Gold und Lebensmitteln in kaum berechenbarem Ausmaß und der Einsatz von sechs Millionen Zwangsarbeitern, zwei Millionen Kriegsgefangenen und über einer Million KZ-Häftlingen waren die Voraussetzung dafür, dass Deutschland sich nach 1945 weiter modernisieren konnte. Vorbereitung und Durchführung des Vernichtungskriegs legten das Fundament für den Nachkriegsboom: der Volkswagen, zärtlich Käfer genannt, in dem Ottonormalvergaser durchs Wirtschaftswunderland kurvette, war bekanntlich im Dritten Reich geplant worden: mit Raum für zwei Soldaten, ein MG nebst Munition. Der deutschen Industrie ging es nach dem Krieg besser als vorher.² Dietrich Eichholtz schreibt in seiner Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945: „Der Stand des Bruttoanlagevermögens bei Kriegsende lag um fast 21 Prozent über dem Stand von 1936...Also hat der Umfang der Investitionen die Bomben und andere Kriegsschäden bei weitem aufgewogen. Deutschland stand am Ende des Kriegs tatsächlich mit einem stärkeren industriellen Potential da als bei Kriegsbeginn...Die untersuchten Fakten...entkleiden das westdeutsche ‚Wirtschaftswunder‘ der ‚freien Marktwirtschaft‘ allen mirakelhaften Scheins.“³

Jedenfalls bleibt festzuhalten, dass die von den Nazis in Gang gesetzte Modernisierung Deutschlands – nach einer kurzen Übergangsphase – weiter voranschreiten konnte.

Die 60er und 70er Jahre

Zentral für die Erinnerungskultur der 60er Jahre waren die sogenannten Auschwitz-Prozesse in Frankfurt, in deren Folge zwar einige ehemals ranghohe Nazis verurteilt wurden, in denen zugleich aber ein großer Aufwand betrieben wurde,

1 G. Scheit: Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand. S. 103

2 vgl. G. Scheit: Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand. V.a. S. 86 – 115.

3 D. Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945. Bd. III. S. 677

um die demokratische BRD vom Nazi-Staat abzugrenzen. Politische wie personelle Kontinuitäten spielten keine Rolle, was man wohl aber am wenigsten den zuständigen Richtern vorwerfen kann, da sich die Justiz natürlich nur für Fakten interessiert, nicht für Politik.



Doch während die Prozesse nur auf eine recht geringe interessierte Öffentlichkeit stießen, hatte ein Anderer größeren Erfolg. Stellvertretend für seine Generation, und prägend für die 68er, war es Günter Grass, der schon bald demonstrierte, wie die

zukünftige Strategie im erinnerungspolitischen Diskurs aussehen werde. Drei Punkte waren und sind typisch für Grass' Programm:

1. Die Anklage der alten Nazis, selbstverständlich nur der Ranghohen, die er für Krieg und Verbrechen verantwortlich macht. Mit dieser Belastung der Elite einher geht eine Entlastung des kleinen Mannes und der kleinen Frau, die als bloße Spielbälle der damaligen Mächtigen keine Verantwortung trügen.
2. Führt diese Verteidigung des „gemeinen Volks“ zur Möglichkeit, über ein besseres Deutschland, einen besseren Patriotismus nachzudenken. Das war schon damals besonders wirkungsvoll und wird in Zeiten von Rot-Grün Regierungsprogramm, denn von „links“ angepackt wirkt die „deutsche Frage“ weder verstaubt noch revanchistisch.
3. Hat dieses Programm einen durchaus expansiven Anspruch: durch die „Auseinandersetzung“ mit der Geschichte komme den Deutschen eine gewisse Verantwortung zu, die neu gewonnene Moral nicht nur zu pflegen, sondern sie im Zweifelsfall auch zu exportieren, selbst oder vor allem dann, wenn sich die anvisierten Abnehmer unwillig zeigen. Auch diesen Punkt wird sich Rot-Grün später zu Herzen nehmen.

Und in noch einer Hinsicht wird Grass zu einem Vorreiter der deutschen Tabubrüche. Er ist einer der ersten, die Auschwitz aus dem Zusammenhang mit der deutschen Volksgemeinschaft reißen und überall auf der Welt verorten. 1970 sagt er bei einer Rede zur Eröffnung der Ausstellung „Menschen in Auschwitz“: „Es gilt, Auschwitz in seiner geschichtlichen Vergangenheit zu begreifen, in seiner Gegenwart zu erkennen und in Zukunft nicht blindlings auszuschließen. Auschwitz liegt nicht nur hinter uns.“

Und 1968 schreibt er an den Präsidenten Senegals: „Als Deutscher habe ich lernen müssen, das Wort ‚Völkermord‘ nicht leichtfertig auszusprechen (...) Ich bitte Sie, als Staatsmann und Humanist, das Massensterben in Biafra und Südsudan als Völkermord zu verurteilen..., damit die Verbrechen von Auschwitz und Treblinka nicht weiterhin in Afrika fortgesetzt werden.“⁴

Ein erster Schritt war getan, die deutschen Verbrechen ihrer Singularität beraubt.

4 beide Zitate nach: Ulbricht ist KZ-Kommandant und Auschwitz in Afrika. in: Bahamas, Nr. 45, S. 51.

Die 80er Jahre und die deutsche Friedensbewegung

In den 80er Jahren kam die deutsche „Erinnerungsarbeit“ so richtig in Schwung. Zwei Jahre vorher war die Fernsehserie „Holocaust“ zum ersten Mal in Deutschland ausgestrahlt worden, was etliche Aktivitäten anregte. Unter anderem wurde der jahrzehntelang kaum beachtete Jahrestag der Pogromnacht des 9. November `38 wiederentdeckt und für gedenktagstauglich befunden. Dass es dabei um etwas ganz Anderes ging als um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Geschichte, machte Willy Brandt deutlich, der bei einer Veranstaltung in der Kölner Synagoge sagte: „Die Wahrheit ist auch, dass sehr viele Deutsche die Verbrechen missbilligt haben; ebenso, dass sehr viele andere damals nichts oder fast nichts erfuhren.“

Das war die neue Strategie. Aus dem kollektiven Schweigen war ein ohrenbetäubendes Geschwätz geworden, das Reden über die deutschen Verbrechen diente keinem anderen Zweck, als sich langfristig selbst die Absolution zu erteilen. Die bundesrepublikanische Linke hatte mit ihren penetranten Begriffsverwirrungen nicht wenig zu diesem Wandel beigetragen. Die 80er Jahre standen ganz im Zeichen einer Friedensbewegung, die zum Einen mit ihrer platten Kriegsgegnerschaft, die die Notwendigkeit einer militärischen Niederschlagung Deutschlands einfach nicht reflektierte, zum Anderen mit Propagandaparolen wie der vom „atomaren Holocaust“ die Relativierung von Auschwitz weitergetrieben hatte. Zudem war es jener unreflektierte Pazifismus, den heute diejenigen aufgreifen, die nicht müde werden, die „Verbrechen“ der Alliierten, also etwa die Vertreibung der Sudetennazis oder die Bombardierung Dresdens, mit den Naziverbrechen auf eine Stufe zu stellen. Verbrechen sei schließlich Verbrechen und ein echter Pazifist lehnt beides ab.

Die Wiedervereinigung

„Wir sind ein Volk.“ „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ „Die Deutschen sind heute das glücklichste Volk der Welt.“ „Deutschland den Deutschen.“ Diese Parolen standen exemplarisch für die Stimmung in Deutschland im Jahre 1990.

Die Debatten um die Wiedervereinigung Deutschlands markieren wohl eine der bedeutendsten Zäsuren auf dem Weg zur „Normalisierung“. Im Mittelpunkt standen dabei die Bedenken und Vorbehalte, die einem neuen starken Deutschland seitens des Auslandes und der jüdischen Gemeinden entgegengebracht wurden.

Voraussetzung für diesen entscheidenden Schritt zur deutschen Souveränität war der Zerfall der Nachkriegsordnung von Jalta nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus. Er brachte der Bundesrepublik die volle staatliche Souveränität als Voraussetzung für das heutige Agieren in der Weltpolitik. Mit dem 8. Mai 1945 waren wenigstens formal die Voraussetzungen geschaffen worden, die es ermöglichten, die deutschen Zustände wenn schon nicht abzuschaffen, so doch wesentlich zu behindern. Eingedenk der Tatsache, dass die Niederlage des Nationalsozialismus in erster Linie eine militärische war, die das ausführende Organ des Verbrechens: die deutsche Volksgemeinschaft, unangetastet ließ, dass also die einzig richtige Konsequenz, nämlich die Abschaffung Deutschlands in welcher Form auch immer, nicht gezogen wurde, bleibt festzuhalten, dass es allein die Teilung Deutschlands und der Argwohn der Alliierten waren, die

Deutschland 40 Jahre lang im Zaum hielten. Mit der Wiedervereinigung wurde auch diese mehr als klägliche Reaktion auf Nationalsozialismus und Holocaust revidiert. Erinnerungsgeschichtlich hatte die Wiedervereinigung vor allem einen großen Vorteil: die deutsche Geschichte wurde zur Vor-Geschichte. Zwischen das sich neu formierende Deutschland und die nationalsozialistische Vergangenheit passte plötzlich die DDR. Eine Diktatur jagte die andere. Was war die SS gegen die Stasi? Der Holocaust gegen die Mauerschützen? Auschwitz wurde zu einem Detail der deutschen Geschichte.



Die radikale BRD-Linke der achtziger und neunziger Jahre - engagiert im Häuserkampf oder in der Anti-Atom-Bewegung - wurde von der Entwicklung überrollt. Im Anschluss an die Wiedervereinigung kam es zum zweiten Golfkrieg, der das Feindbild USA wieder einmal zu bestärken schien. Die Kritik am Krieg konnte nicht wirksam mit einer

Kritik am gerade wieder vereinigten Deutschland verbunden werden. Die Bedrohung Israels durch den Irak wurde von vielen ausgeblendet. Noch einmal und schon wieder hieß es: »USA - internationale Völkermordzentrale«.

Doch der Golfkrieg war noch ein Krieg der alten Zeitrechnung. Deutschland tat noch nicht richtig mit. Das sollte sich nach und nach ändern: 1994 mit dem Einsatz in Somalia, 1995 in Bosnien-Herzegowina, 1999 schließlich im Kosovo. Die Wiedervereinigung war eine Vorbedingung für den Kosovo-Krieg. Nicht die einzige, aber auf jeden Fall eine wichtige. Doch halt, wir sind schon wieder zu weit.

Ein allzu forscher Nationalismus verbot sich nämlich zunächst noch, er geriet in den frühen neunziger Jahren kurzzeitig sogar zum Problem – nicht nur für die Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt im wiedervereinigten Deutschland, man denke an die Morde in Rostock, Solingen oder Mölln - sondern auch für den gesellschaftlichen Mainstream.

Nationalismus verbot sich aus zwei Gründen. Zum Einen stand Deutschland unmittelbar nach der Wiedervereinigung unter verstärkter Beobachtung, nach den genannten Pogromen drohte das Projekt der »gewachsenen Verantwortung«, gefährdet zu werden. Die offizielle deutsche Politik war – nachdem Kohl noch 1990 Polen mit der Weigerung, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, zum Verzicht auf Entschädigungen erpresst hatte – äußerst bemüht, nicht den Eindruck zu erwecken, als wollte sie diese Gebiete zurückhaben oder sonst wie an vergangene Zeiten anknüpfen.

So lange in Deutschland die CDU herrschte, wollte es mit der Normalität nicht recht vorangehen. Helmut Kohl stand immer für den potenziellen Rückfall in einen aggressiven Nationalismus. Gerhard Schröder und Joschka Fischer sind dagegen urban und zivilisiert. Ihnen blieb es in den folgenden Jahren überlassen, den deutschen Nationalismus zu

radikalisieren und zu seinen größten Erfolgen nach '45 zu führen.

Der Deutschen Verhältnis zu Auschwitz –

Eine Hassliebe

Retrospektiv lässt sich durchaus eine Kontinuität im neueren Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte feststellen. Beginnend spätestens mit der sogenannten Historikerdebatte 1986, über die Wiedervereinigung, den ersten Golfkrieg 1991, die Debatten über das Holocaust-Mahnmal und die Wehrmachtsausstellung, über den Goldhagen-Streit und die Auseinandersetzungen um die antisemitische Walser-Rede 1998, nicht zu vergessen den Einsatz deutscher Truppen im Kosovo 1999, bis hin zu neueren Tendenzen wie der filmischen und literarischen Umsetzung der Täterauffassung von Geschichte in Günther Grass' „Im Krebsgang“ oder jüngst in „Der Untergang“; alle diese Etappen erfüllten und erfüllen für das postfaschistische Deutschland jeweils spezifische politische und psychologische Funktionen. Mag auch die Richtung öfter gewechselt haben, das Resultat ist klar: Deutschland musste mit der Vergangenheit abschließen, um endlich wieder Krieg führen zu können, und es musste umgekehrt Krieg führen, um die Vergangenheit endgültig zu entsorgen.

Richtig Schwung erhielt diese Abrechnung erst in dem Moment, da ehemalige Vertreter der 68er die deutschen Regierungsgeschäfte übernahmen. Dabei aber handelte es sich keineswegs um einen Verrat an alten Idealen, auch und gerade die Linke – das hatte Adorno bereits 1959 bemerkt – hatte ein großes Interesse an einer Revision der Geschichte, nicht zuletzt, um auch weiterhin ihr Lieblingssubjekt der Revolution, das Proletariat, nicht aufgeben zu müssen. Nach dem Motto: was nicht sein darf, kann auch nicht sein, hielt sie weiter am revolutionären Auftrag der Arbeiter und am guten Volk fest und wollte nicht wahrhaben, dass ihr mit der offenen Begeisterung der überwältigenden Mehrheit eben jener einfachen Massen für die Nazis eigentlich das Subjekt ihrer Politik abhanden gekommen war.

Seit der Wiedervereinigung hat das Basteln an einer deutschen Erinnerungskultur eine erhebliche Dynamik entfaltet. Es würde den Rahmen eines solchen Aufsatzes bei weitem sprengen, würde man auch nur die wichtigeren Ereignisse umfassend beschreiben wollen. Im Folgenden kann es daher nur um eine unvollständige Skizze einiger bedeutsamer Vorkommnisse gehen.

Die Diskussion um die „Wehrmachtsausstellung“

Ein Meilenstein in der Erneuerung deutscher Erinnerungskultur auf dem Weg zur kollektiven Absolution war sicherlich die Debatte um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, die von 1995 bis 1999 durch deutsche und österreichische Großstädte tourte. Die Ausstellung markiert deutlich den Umschwung in der Vergangenheitsbewältigung, der sich vom kollektiven Verschweigen zum scheinbar offenen Aussprechen auch der Taten vollzog, dabei aber immer den eigenen Vorteil verfolgte. Wesentliche Forderungen der Kritiker des deutschen Vergessens schienen mit der Ausstellung plötzlich erfüllt. Aufgrund der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit schien eine deutsche Gedenkkultur entstanden zu sein, innerhalb derer das Ausmaß deutscher Verbrechen nicht mehr abgestritten wurde. Die Kehrseite der Medaille jedoch bestand in der

moralischen Selbsterhöhung des Büßers: die Deutschen bestanden fortan immer stärker darauf, dass Vergangenheitsbewältigung die Sache der Täter, also allein ihre Angelegenheit sei.

Schon die Geschichte der Ausstellung ist bezeichnend für die Änderung im kollektiven Gedächtnis, die sie hervorrief. Die Ausstellung war zunächst bis 1999 unter dem Titel „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ zu sehen. Als allerdings klar wurde, dass auf einigen wenigen ausgestellten Bildern die Bildunterschriften fehlerhaft waren, wurde die Ausstellung zur Überarbeitung zurückgezogen. Entstanden ist aber weniger eine überarbeitete Version der Ausstellung, als vielmehr eine völlig neue. Schon der Titel war ein anderer geworden: „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ so lautete der neue Titel. Der Begriff „Vernichtungskrieg“ ist gegenüber dem ursprünglichen Titel in den Hintergrund gerückt. Eben diese Änderung des Schwerpunktes ist auch in die Ausstellung eingezogen. Anders als in der ersten Version kann man sich in der aktuellen über damals geltendes Kriegs- und Völkerrecht informieren, und es werden auch der Roten Armee Verbrechen vorgeworfen. Damit ist die Ausrichtung der Ausstellung klar: Der konkrete Rahmen deutscher Verbrechen wird aufgelöst in einem Bezugssystem, das die Verbrechen nicht einfach als das darstellt, was sie waren, nämlich ein Vernichtungskrieg, an dem die Wehrmacht aktiv teilnahm, sondern sie relativierend an der Zeit misst, in der sie stattgefunden haben. Nach den Worten des Militärhistorikers Hans-Erich Volkmann zeichne sich die neue Ausstellung durch „Entpolitisierung“ und „Historisierung“ aus. „Historisierung“ meint im deutschen Diskurs über die eigene Vergangenheit immer Relativierung, und wenige haben dazu so klare Worte gefunden wie Jan Phillip Reemtsma, der Leiter des Instituts, das für die Ausstellung verantwortlich ist, als er bei einer Eröffnungsrede von „Destruktivität der Moderne“ sprach und damit deutsche Taten als zwar durchaus existent aber eben Teil einer ‚destruktiven‘ Zeit und also nichts Besonderes darstellte.

Nicht nur an der Ausstellung selbst, sondern auch an der Diskussion, die sie entfachte, lassen sich alle Motive des modernisierten Umgangs mit der Geschichte erkennen. Gehörte es zum alten Verschweigen der Verbrechen, den ‚Mythos der sauberen Wehrmacht‘ aufrecht zu erhalten wurde mit der Debatte auf das bewusste Zugeben und Erkennen von Schuld und Verbrechen umgeschwenkt. Insgesamt aber seien diese Verbrechen nicht Ausdruck der deutschen Volksgemeinschaft, die in ihrem Vernichtungsdrang loszog, sondern die Verbrechen der Eliten, die die Bevölkerung dazu benutzt hätten: „Daß sie von einem verbrecherischen Regime mißbraucht wurden, ist die persönliche Tragik jedes einzelnen unserer Väter und Großväter.“ So sprach Edmund Stoiber anlässlich der Ausstellung und traf damit die Stimmung des Diskurses. Die Debatte schwenkte nach anfänglicher Empörung über die Ausstellung schnell auf die These um, es seien durchaus Verbrechen verübt worden durch die Wehrmacht, diese seien aber in ihren Kontext einzuordnen. Derartig relativiert lassen sich die Verbrechen schon eher eingestehen, und daneben greift man noch zu dem Mittel, die Verbrechen als die Taten Einzelner abzutun, die nicht repräsentativ für die Wehrmacht, respektive die deutsche Bevölkerung gewesen seien. Auf dieser individuellen Ebene scheint Schuld zuzuordnen und damit zu bewältigen zu sein, spätestens durch den Tod der Beteiligten. Die waren dann teils krankhafte Verbrecher oder bedauernswerte Verführte. Die

weitgehende Austauschbarkeit der Handelnden, also das kennzeichnende der damaligen Volksgemeinschaft, geht dabei verloren.

Fit for out of area: Der Kosovo-Einsatz

Derart eingestimmt lässt sich einer der bislang größten Coups im deutschen Kampf um die Definitionshoheit über die Geschichte angehen: Die Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999 und die damit einhergehende Verortung eines vermeintlich neuen „Auschwitz“ in eben jener Region. Die auf diese Weise – wie auch durch den Vergleich des jugoslawischen Präsidenten Milosevic mit Hitler – erfolgte Parallelisierung der Geschehnisse im Kosovo mit den deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges ermöglichte in erster Linie (ehemaligen) Pazifisten die moralisch einwandfreie Befürwortung des Krieges. Es gehörte zum guten Ton, "innerlich zerrissen" (Joseph Fischer) zu sein.

Der Erfolg war durchschlagend. Deutschland konnte mit der Begründung, aus der Geschichte gelernt zu haben, tatsächlich wieder Krieg führen. Die Linke reagierte darauf recht konsterniert, und auch die ehemaligen Kriegsgegner scheinen sich im Nachhinein betrachtet keineswegs einig über die Gründe ihrer Ablehnung gewesen zu sein. Bis auf wenige Ausnahmen einig war man sich dagegen darin, dass es sich unmöglich um einen deutschen Krieg gehandelt haben konnte, selbst wenn man noch einsah, dass der politische Gewinn für Deutschland – jedenfalls im Verhältnis zu dem geringen Risiko, welches die Bundesregierung einging – von allen beteiligten Staaten am größten war. Dabei gab doch schon die Rechtfertigung des Krieges, er sei geführt worden zur Verhinderung eines „Völkermordes“ und im Namen der Menschenrechte, einen ersten Hinweis auf Deutschland, denn klar war, dass Deutschland nur in einem mit moralischen Kategorien aufgeladenen Krieg wieder militärisch aktiv werden konnte, ohne auf erhebliche Bedenken wenigstens auf Seiten der ehemaligen Alliierten zu stoßen.

Nur Wenigen fiel auf, dass diese neue Situation viel weitreichendere Konsequenzen hatte, wie etwa dem Bündnis gegen IG-Farben, das im Juli 1999 feststellte, es gehe nun nicht mehr bloß darum, "für die Forderungen der Überlebenden überhaupt eine Öffentlichkeit zu schaffen, sondern darum, die Erpressung der Überlebenden mit ihrem hohen Alter und ihrer oft elenden sozialen Lage zu verhindern; es geht nicht mehr nur darum, die Wahrheit der Nazi-Verbrechen öffentlich zu machen, sondern darum, die Instrumentalisierung dieser Verbrechen für deutsche Großmachtambitionen zu kritisieren." Auch die traditionelle Linke geriet mit dem Krieg in arge Schwierigkeiten. Unfähig oder nicht willens, die besondere Form deutscher Vergesellschaftung oder die deutschen Bemühungen um eine „Normalisierung“ zu kritisieren, suchte sie verzweifelt nach den bekannten Gründen für Kriege – und wurde nicht fündig. Selbst unter größten theoretischen Verrenkungen ließ sich kein unmittelbar ökonomisches Interesse konstruieren und bis heute ist das Kosovo wohl kaum ein besonders lukratives Geschäft für irgendeines der damals beteiligten Länder.

Festzustellen war jedenfalls schon bald nach dem Krieg eine Kluft zwischen jenen Kriegsgegnern, die, aus welchen Gründen auch immer, der deutschen Normalisierung nichts abgewinnen konnten, und jenen, die, kaum war der Krieg vorbei, zum linken Business as usual zurückkehrten und deren Antworten

– „kein Blut für Öl“ etwa - angesichts aktueller Konflikte genauso klingen wie vor dem Krieg oder vor zwanzig oder dreißig Jahren.

Ideologisch vorbereitet wurde der Krieg mit einer besonders ekligen historischen Geste: am 13. Februar 1999 standen wieder uniformierte deutsche Soldaten in Auschwitz, doch dieses Mal musste man – Polen war ja Mitglied der NATO – keine Gewalt anwenden. Verteidigungsminister Scharping legte zunächst einen Kranz an der ehemaligen Erschießungsmauer nieder, um dann zu konstatieren, dass Deutschland gewillt sei, jedes weitere Auschwitz zu verhindern. Damit war man in die Reihe der Guten aufgenommen und nur sechs Wochen später konnte die Bombardierung des Kosovo beginnen.

Ein weiterer Schritt zur Normalisierung war die Vereidigung von Rekruten der Bundeswehr am 20. Juli 1999 im Bendlerblock, dem Ort also, an dem Stauffenberg nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler erschossen worden war. Die Bundeswehr stellte sich damit in die Tradition vermeintlich antifaschistischer „Widerständler“. Dass Stauffenberg und seine Komplizen gegen den deutschen Vernichtungsfeldzug so lange nichts auszusetzen hatten, bis sich dies Unternehmen als zu verlustreich herausstellte, dass sie also kein Problem mit der Naziherrschaft, nur mit dem „Irren“ Hitler hatten, ist dabei nur konsequent und markiert eine weitere Zäsur: Die Deutschen bestimmen nicht mehr nur, wo Auschwitz liegt, sondern auch, wer „Widerstand“ gegen die Nazis geleistet hat. Solchermaßen als Nachfolgeorganisation des antifaschistischen Widerstands geadelt, kann die Bundeswehr wie selbstverständlich hinausziehen und die Welt ein weiteres Mal am deutschen Wesen genesen lassen.

Walsers „Auschwitzkeule“

Was hatte der Deutschen beliebteste Dichter Martin Walser in seiner Rede in der Paulskirche anlässlich der Verleihung des „Friedenspreises des deutschen Buchhandels“ an ihn denn gesagt, das etwa 1200 aufrechte Deutsche zu stehenden Ovationen veranlasste und nur einen einzigen – Ignatz Bubis – zu Protest?

Die besondere Leistung Walsers bestand zweifelsohne darin, das ausgesprochen zu haben, was die überwältigende Mehrheit der Deutschen ohnehin seit 1945 gedacht, sich aber nicht zu sagen getraut hatte. Ein typischer „Tabubrecher“ eben. Schon 1985 hatte er ein „Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen“ gefordert, ohne auch nur ein Wort über die Ursache der Teilung Deutschlands zu verlieren, und wenn er doch einmal auf den Nationalsozialismus zu sprechen kam, dann tat er gerade so, als wäre der Versuch, eine Nachkriegsordnung zu schaffen, in der so etwas wie Nazideutschland nicht mehr möglich sein sollte, in etwa das Gleiche gewesen wie die Naziverbrechen selbst: „Aber der Sieger reagierte wieder nicht viel vernünftiger, als der zu Züchtigende war: Deutschland wird geteilt.“ Weil also nach Walser die Nazis und der Holocaust ohnehin noch nie besonders viel mit den Deutschen zu tun hatten, konnte er sich '98 in der Paulskirche auch hinstellen und fordern, dass künftig von Auschwitz besser gar nicht mehr gesprochen werden solle, denn schließlich sei dieses ewige Erinnern nichts weiter als „Drohoutine, Einschüchterungsmittel, Moralkeule“, das geplante Holocaust-Mahnmal sei ein „fußballfeldgroßer Alptraum, eine Monumentalisierung der Schande“, was sich einfach nicht gehöre, denn: „Die Deutschen sind ein ganz normales Volk.“⁵

5 die komplette Rede ist abgedruckt in: FAZ v. 13.10.1998

Walsler hatte aufgepasst. Auschwitz zu leugnen, die Verbrechen zu verschweigen, das gehört der Vergangenheit an: „Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum.“ Neu ist, sich als Opfer einiger unverbesserlicher Ewiggestriger hinzustellen, die es einfach nicht lassen können, immer und immer wieder an die Vergangenheit zu erinnern. Verleugnung und Verdrängung sind überflüssig geworden, wo Auschwitz es den Deutschen ermöglicht, sich als Opfer aufzuführen.

Da passte es ins Konzept, dass Roman Herzog am 9. November 1998 vor „Abstumpfungseffekten“ warnte, die durch ein Zuviel der Aufklärung über den Nationalsozialismus hervorgerufen werden könnten. Immer mehr Schüler und Schülerinnen würden sich abwenden, weil im Unterricht von nichts anderem als den deutschen Verbrechen die Rede sei. Hört man sich allerdings einmal um an deutschen – auch „höheren“ – Schulen, stellt sich schnell heraus, dass die Kleinen keinen blassen Schimmer haben und es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis deutsche Schüler Zyklon B für ein Waschmittel halten werden.

Die Opfer sind wir,...

Der schon angesprochene Günter Grass begeht im Februar 2002 mit seiner Novelle „Im Krebsgang“ wieder einen „Tabubruch“, der allerdings niemandem mehr ernsthaft als ein solcher erscheinen will. Und doch handelt es sich wieder um eine neue Qualität, denn Grass gelingt etwas, was kein Rechter mit ähnlicher Breitenwirkung bislang geschafft hatte: Mit der Geschichte der „Wilhelm Gustloff“, einem KdF-Dampfer mit flüchtenden Deutschen, der am Ende des Krieges durch ein sowjetisches U-Boot versenkt wurde, rückt er das Leid der deutschen in den Mittelpunkt, mehr noch: er macht es zum eigentlich grauenhaften Ereignis der Kriegszeit.

Nach dem gleichen Konzept verfährt Bernd Eichingers Film „Der Untergang“. Die oftmals geäußerte Kritik, dass Hitler in diesem Film zu menschlich und harmlos gezeigt werde, ist nicht ganz falsch, geht aber an der wirklichen Problematik vorbei. Die eigentliche Empathie und Sympathie, die durch den Film hervorgerufen wird, gilt nicht Hitler, der ohnehin als verrückter Nihilist dargestellt wird, sie gilt den Deutschen, die, so sieht es im Film aus, am Ende gegen ihren Willen zu Opfern des Wahns eines Diktators geworden sind, während etwa die sowjetischen Befreier entweder als bedrohliche anonyme Kulisse oder als sturzbetrunkene Barbaren erscheinen.

Die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus indes bleiben unsichtbar, der gesamte Film kommt ohne einen Hinweis auf den deutschen Vernichtungskrieg im Osten oder den Holocaust aus, weshalb der Einmarsch der Roten Armee irgendwie seltsam anmutet und der durchschnittlich gebildete deutsche Schüler ebenso gut denken kann, was ihm seine Großeltern ohnehin immer erzählt haben: dass der Nationalsozialismus nichts Anderes war als eine vorgezogene Verteidigung gegen die bolschewistische Gefahr.

Es sind dies nur zwei Beispiele, die die eingangs aufgestellte These, die Deutschen seien nur zum Teil nicht mehr an ihrer Vergangenheit interessiert, belegen. Dass man heute einen solchen Film in Deutschland machen kann, der dann auch noch mehr als vier Millionen Zuschauer anlockt, ist symptomatisch für die Entwicklung der öffentlichen Meinung, die nunmehr

ein gesteigertes Interesse an den deutschen Opfern des Zweiten Weltkriegs zeigt und sich bei der „Aufarbeitung“ dieser Geschichte von niemand Fremdem mehr dreinreden lassen will.

...die Täter entsorgt

Neben diesen filmischen und literarischen Hinweisen darauf, dass man mit einem Teil der Vergangenheit durchaus was anfangen und letztlich aus ihr Profit schlagen kann, ist dies auch in staatsoffiziellen Handlungen nachzuweisen. Die Rede ist von offiziellen Gedenkstätten. Eine davon, die einem sofort in den Sinn kommt, ist das Berliner Holocaust-Mahnmal, das nach langem Streit am 10. Mai 2005 eingeweiht werden soll. Weitaus weniger denkt man an die, ebenfalls in Berlin angesiedelte, Ausstellung „Topographie des Terrors“, die seit 1987 an dem Ort zu sehen ist, wo sich bis 1945 das Reichssicherheitshauptamt sowie die Gestapo und die SS-Zentrale befanden. Nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung, sondern auch in der offiziellen Bewertung zieht die „Topographie“ den Kürzeren gegenüber dem „Judenendenkmal“, wie es in Berlin genannt wird. Das Holocaust-Mahnmal ist nahezu fertig gestellt und soll zeitplangerecht eingeweiht werden. Der Plan, die bis heute provisorische Ausstellung „Topographie des Terrors“ zur festen Institution werden zu lassen, der Plan des Architekten Peter Zumthor, das Gelände mit einer durchsichtigen Hülle zu überspannen, ist auf Eis gelegt, beziehungsweise abgebrochen - abgerissen wäre der adäquate Ausdruck, die beiden Treppenhäuser, die bereits errichtet worden waren, werden „zurückgebaut“.

Die Tatsache, dass sich die eine Gedenkstätte durchsetzen konnte, die andere jedoch nicht, liegt sicherlich nicht an den vorgeschobenen Gründen, das Zumthor-Projekt sei aus statischen Gründen nicht zu bauen, sei teurer als geplant, und auch die Insolvenz zweier beteiligter Beton-Firmen hätte wohl die Umsetzung nicht wirklich unmöglich gemacht – schließlich musste man im anderen Fall ähnliche Hürden nehmen und hat sie genommen.

Der Grund liegt vielmehr in der Art der Gedenkstätte. Die Ausstellung „Topographie des Terrors“ erinnert an deutsche Täter, ist an einem historischen Täterort angesiedelt. Das Holocaust-Mahnmal erinnert ohne augenfälligen Hinweis auf die Täter an die Opfer. Damit passt die zentrale Gedenkstätte viel besser in ein Konzept deutscher Erinnerungskultur, das die Rede von moralischer Läuterung als ihr zentrales Thema angenommen hat: „Mit dem Holocaust-Mahnmal ehren sich die Deutschen selbst dafür, daß sie zwanzig Jahre lang von der Fernsehserie „Holocaust“ bis zu „Schindlers Liste“ alles über sich ergehen ließen, um heute anderen Nationen vormachen zu können, wie man seine Vergangenheit bewältigt.“ Im anderen Fall: „Ein prominent hervorgehobener Ort, der an die Täter und die Tat erinnert, wird nicht gebraucht, weil dieser Ort als Kranzabwurfstelle gänzlich ungeeignet ist.“⁶

Eine Ausstellung, die knapp und sachlich an die Täter, ihre Organisation und die Tat erinnert, hat in Sachen moralischer Genugtuung nicht viel zu bieten und wird deshalb nicht benötigt, wird also weiterhin in ihrem provisorischen Stadium bleiben: „Das Provisorium ist an diesem Ort in dieser Zeit der angemessene Zustand für eine solche Institution.“⁷

6 beides: Tjark Kunstreich: Topographie der Republik, in: Konkret 1/05
7 ebenda

Das Konzept des völligen oder – wie in Berlin - weitgehenden Ignorierens von Täterorten und dem Erinnern daran ist jedoch nur eines unter mehreren. Das Dokumentationszentrum am Nürnberger Reichsparteitagsgelände etwa geht einen anderen Weg. Hier entstand eine dauerhafte Ausstellung, die sich vermeintlich den Tätern und der Tat widmet. Jedoch, wie alle Wege nach Rom führen, führt auch alle deutsche ‚Vergangenheitsbewältigung‘ zur Absolution. In Nürnberg anders als in Berlin, aber mit dem gleichen Ziel. Hier ist es der Ort der Reichsparteitage, ein Ort also, der, anders als der Berliner, geeignet wäre, um auf die nationalsozialistische Begeisterung der deutschen Bevölkerung hinzuweisen. Davon findet sich aber unrelativiert nichts in der Ausstellung. Analog der weit verbreiteten ‚Verführer‘ – These wird die zweifelsohne bild- und wortmächtige Inszenierung der Parteitage als Erfahrung beschrieben, der man sich nunmal nicht entziehen konnte. Ein weiterer Stein ist also gelegt, um die oben bereits angesprochene Entlastung der Bevölkerung durch die Verurteilung der Elite durchzusetzen. Schlussendlich mutet auch das Nürnberger Dokumentationszentrum eher als eine Opfergedenkstätte an, nur dass hier nicht der ermordeten Juden gedacht wird, sondern der deutschen Zivilbevölkerung, die letztlich Opfer derselben Täter geworden sei.



Regierungsoffizielles Pathos



Regierungsoffizielles Provisorium

Zur Bedeutung des 8. Mai

Paradoxiertweise erntet Deutschland heute weltweit viel Lob für die „vorbildliche“ Aufarbeitung seiner Geschichte, und zwar selbst von Leuten, deren Analysen vor gar nicht allzu langer Zeit geeignet waren, den deutschen Volkszorn zum

Kochen zu bringen. Daniel J. Goldhagen etwa schrieb im Vorwort seines Buches „Hitlers willige Vollstrecker“, er kenne kein anderes Land, welches sich so offen und konsequent seiner Geschichte stelle und attestiert den Deutschen, nach dem Krieg zu geradezu mustergültigen Demokraten geworden zu sein.

Die deutsche Gesellschaft seit 1945 ist eine komplizierte Sache. Zwar ist der Nationalsozialismus besiegt, sein Programm aber, die Vernichtung der europäischen Juden, die Verschmelzung von Kapital und Arbeit, die Aufhebung von Bürgertum und Proletariat als oppositionelle Klassen, ist vollendet, mehr noch: in Form des demokratischen Volksstaates der Sozialpartner hat dieses Programm gar Verfassungsrang, ganz so als hätte der Antisemitismus als Ideologie und die Massenvernichtung als Programm mit der Fusion von Kapital und Arbeit im Volksgemeinschaftsstaat nichts zu tun gehabt.⁸

Die Deutschen wurden, das sollte mit diesem Aufsatz angedeutet werden, seit dem 8. Mai '45 nur scheinbar Andere. Zunächst nur im Stillen erbauten sie sich an der wahnhaften Diskussion von Zusammenbruch oder Befreiung – unter völliger Verkennung der geschichtlichen Verhältnisse: Die Alliierten haben den Krieg nicht geführt, um die Deutschen zu befreien, denn diese hatten in ihrer überwältigenden Mehrheit gar kein Interesse daran, befreit zu werden, sie waren selbst im Bombenhagel nicht geneigt, mit dem Nationalsozialismus zu brechen und schickten bis zum 8. Mai Juden auf Todesmärsche durch das ganze zerfallene Reich. Dass der zweite Weltkrieg (zumindest in Europa) nur mit der totalen militärischen Niederlage Deutschlands zu beenden war, wollten die Deutschen vom ersten Tag an nicht wahrhaben, und sie haben von links bis rechts seit nunmehr 60 Jahren daran gearbeitet, die Bedeutung des 8. Mai zurechtzubiegen: zu einem Tag des Friedens und der Versöhnung.

Der 8. Mai taugt aber nicht zu einer Mahnung für den Frieden, weil nur der Krieg die Deutschen bezwingen konnte, er taugt nicht für den Aufruf zur Versöhnung, zumindest nicht von deutscher Seite, und er taugt auch nicht zum Tag der Befreiung, denn befreit fühlten sich nur Wenige. Wovon könnten sich die Richter, Henker und Fähnchenschwenker wohl befreit gefühlt haben?

Traditionell wird der 8. Mai gerne in seinen historischen Kontext eingeordnet, was für Deutsche noch nie hieß, die Niederlage als Folge des deutschen Angriffskrieges zu betrachten. Stattdessen wird dem deutschen Vernichtungsfeldzug reflexartig sofort die Vertreibung der Sudeten und anderer Nazis zur Seite gestellt, oder man verweist auf die vermeintlich heroischen Wiederaufbauleistungen, die Währungsreform und das Wirtschaftswunder. So hat man denn doch was, worauf man stolz sein kann.

Weil das deutsche Streben nach 1945 nicht alles Handeln danach ausrichtete, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, sondern darauf, dass endlich Schluss sein müsse mit der Beschuldigung der Deutschen, war eine ernsthafte Aufarbeitung der Vergangenheit zu keinem Zeitpunkt zu haben. Das Streben nach einem gesunden Nationalbewusstsein war von Beginn an mit dem Programm verbunden, Auschwitz zu verdrängen. Und am besten hat diese Verdrängung stets mit der Lüge von der nationalen Läuterung geklappt, nach dem Motto: „Wir haben die Lehren der Geschichte verstanden, also belehrt uns gefälligst nicht mehr!“

⁸ sehr lesenswert hierzu: Ulrich Enderwitz: Antisemitismus und Volksstaat

Der 8. Mai war der Tag der bedingungslosen Kapitulation, der totalen militärischen Niederlage. Weil die Deutschen aber dieselben blieben, war der 8. Mai zugleich der Zeugungszeitpunkt der BRD. Der Deutsche kennt nur ein Verbrechen und darauf steht die Höchststrafe: undeutsches Handeln. Das aber hat sich im Nationalsozialismus kaum einer zu Schulden kommen lassen – weswegen die Niederlage auch

keine Konsequenzen zeitigte, außer denen, die Deutschland von außen aufgezwungen wurden.

Die Nazis unterlagen als Sieger und ihre Kinder und Enkel schicken sich an, auch noch den Rest kritischen Bewusstseins über die Geschichte zu tilgen. Die „Emanzipation der Deutschen zu Menschen“⁹ ist gescheitert, sie bleiben Deutsche.

9 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW Band 1, S. 391

Recht und billig. Zur "Entschädigung" von Zwangsarbeitern

Am 16.02.1999 beschlossen Bundeskanzler Schröder und zwölf Unternehmensvertreter die Gründung der „Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“, die das ‚Entschädigungsproblem‘ lösen sollte. Wie sich im Verlauf der Debatte um die materielle Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen herausstellte, ging es dabei jedoch weniger um Wiedergutmachung, soweit dies überhaupt möglich scheint, sondern vielmehr darum, den beschädigten Ruf Deutschlands und seiner Wirtschaft im Ausland zu verbessern und die machtpolitischen Beschränkungen, die die deutsche Geschichte bedeutete, abzustreifen. Die Stiftung sollte alle Ansprüche gegen die deutsche Wirtschaft, die sich aus deren Kollaboration mit dem Naziregime ergeben, ökonomisch erledigen. Neben den Schadensersatzforderungen der NS-ZwangsarbeiterInnen warten auch noch nicht ausgezahlte Versicherungsansprüche und die Arisierungsgewinne der Banken auf ihre Rückerstattung. Besonders die Rückzahlung arisierter Vermögenswerte stieß nach dem zweiten Weltkrieg in großen Teilen der deutschen Bevölkerung, der Politik und natürlich bei den Gewinnern der Arisierungen auf heftigen Widerstand. Im August 1949 empfanden es lediglich 39% der Deutschen als gerecht, die arisierten Vermögenswerte zu gleichen Bedingungen zurückzugeben. Es herrschte die Meinung vor, dass zuerst einmal die „Ausgebombten“, Flüchtlinge und Vertriebenen versorgt werden müssen. Selbstviktimisierung und Aufrechnung der nationalsozialistischen Verbrechen mit dem selbst erfahrenen Leid dienten als Hauptargumentationsmuster, mit denen die Forderungen nach „Wiedergutmachung“ zurückgewiesen wurden. Doch auch andere Gründe wurden gesucht. Beispielsweise vermied man es, Entschädigungszahlungen an Israel zu leisten, da man fürchtete, dadurch die Wirtschaftsbeziehungen zu den arabischen Staaten zu belasten. Man versuchte, Israel 1952 mit Warenlieferungen im Wert von 10 Millionen DM abzuspeisen. Dieses Angebot wurde von Israel jedoch umgehend zurückgewiesen.

Laut einer Rechnung des Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Kuczynski stehen allein den KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen, zivilen ZwangsarbeiterInnen im Deutschen Reich und in den okkupierten Gebieten, also den vier Personengruppen, die seiner Meinung nach anspruchsberechtigt sind, insgesamt 228 Milliarden DM zu.

Lediglich zehn Milliarden DM sollten die Opfer des Nazi-Programms „Vernichtung durch Arbeit“ und andere ZwangsarbeiterInnen bekommen. Die Hälfte der Summe

steuerte der Staat bei, die restlichen fünf Milliarden DM mussten die Unternehmen aufbringen. Diese durften ihren Anteil zusätzlich noch zur Hälfte von der Steuer absetzen. Selbst für diesen, im Vergleich zu den deutschen Gewinnen aus der Zwangsarbeit lächerlich geringen Betrag, waren Jahre nötig, um ihn aufzubringen.

Doch noch bevor die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ beschlossen war, forderte der Initiativensprecher, dass sich die Wirtschaft insgesamt an den deutschen Fonds beteiligen solle. Angesprochen waren hier jedoch nicht nur die deutschen Wirtschaftsunternehmen, die an den Verbrechen Anteil genommen und daraus Gewinn geschlagen hatten, sondern auch ausländische Unternehmen, die Niederlassungen in Deutschland haben, wie zum Beispiel McDonalds oder IKEA, die mit Zwangsarbeit jedoch nicht das Geringste zu tun haben, sowie alle heutigen deutschen Unternehmen, unabhängig von ihrer Geschichte oder ihrem Gründungsdatum. Das bedeutet, dass beispielsweise auch die „Kooperative für den fairen Handel mit der Dritten Welt“ oder Internetfirmen, die erst in den letzten Jahren gegründet worden waren, ebenso zu Zahlungen herangezogen werden sollten, wie etwa die Degussa. An insgesamt 230 000 Unternehmen wandte sich die Stiftungsinitiative mit dieser Forderung. Dies war zum Einen nötig, um die Anzahl der Einzahler zu erhöhen, um irgendwie die nötigen 5 Milliarden aufzubringen, und zum Anderen war es aber vor allem der Versuch, die Schuld unsichtbar zu machen, indem man sie für omnipräsent erklärt.

Die Bundesrepublik musste nie Reparationen für den Zweiten Weltkrieg bezahlen, der 60 Millionen Menschen das Leben kostete und die halbe Welt verwüstete.

1952/53 fand die Londoner Schuldenkonferenz statt. Leiter der deutschen Delegation war Hermann J. Abs, Chefberater Adenauers in Wirtschaftsfragen. Abs war im NS-Staat Aufsichtsratsmitglied der IG-Farben gewesen, die ein eigenes KZ in Auschwitz unterhielt, wo allein 30 000 Häftlinge im Programm „Vernichtung durch Arbeit“ zugrunde gingen. Hauptberuflich war Abs Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, welche SS-Anlagen in Auschwitz inklusive der Verbrennungsöfen finanzierte. Auf der Konferenz wurde letztendlich festgelegt, dass die Deutschen 7,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden entrichten müssten, ihnen aber für die Bezahlung aller restlichen Schulden bis zur Wiedervereinigung und bis zu einem endgültigen Friedensvertrag Aufschub gewährt würde. Dies galt auch für alle Verhandlungen zwischen einzelnen Staaten über Entschädigungszahlungen.

Die Anzahl individueller Entschädigungsansprüche, die per

Bundesentschädigungsgesetz von 1956 geregelt werden, wurde minimiert, indem man die Bedingungen für eine Antragsstellung erschwerte. Beispielsweise kamen nur Menschen in Betracht, die in Staaten lebten, mit denen die BRD diplomatische Beziehungen unterhielt, also niemand aus den osteuropäischen Staaten, aus denen 80 Prozent der ZwangsarbeiterInnen stammten. Vollkommen ausgeschlossen wurden von vornherein Opfergruppen wie Homosexuelle, Deserteure, Euthanasieopfer und so genannte „Asoziale“. Einer weiteren Gruppe hat man sich gänzlich entledigt. Die italienischen ZwangsarbeiterInnen, die nach der italienischen Kapitulation zunächst als Militärinternierte ins Deutsche Reich verschleppt worden waren, wurden später in den Zivilstatus entlassen und unter brutalsten Bedingungen ausgebeutet. Da die Entlassung der Italiener in den Zivilstatus jedoch nicht völkerrechtlich gedeckt ist, werden diese weiterhin als Kriegsgefangene betrachtet und haben somit kein Recht auf Entschädigungszahlungen. Ausgenommen sind außerdem alle Personen, denen das Unrecht außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 widerfahren war, also auch die Abermillionen Menschen in Osteuropa, denen Nazi-Deutschland Schäden an Körper und Gesundheit, an Freiheit und beruflichem Fortkommen zugefügt hatte.

Selbst wenn ein Antrag genehmigt wurde, war die Entschädigungszahlung mit fünf DM für einen Tag KZ-Haft extrem niedrig. Für Zwangsarbeit als solche gab es gar nichts, denn diese sei, laut einem Urteil des Bundesgerichtshofes, eine „allgemeine Begleiterscheinung von Krieg und Besatzungsherrschaft“. Zum Vergleich: Die Täter dagegen, Ex-Wehrmachtssoldaten und SS-Leute, haben laut Bundesversorgungsgesetz einen Anspruch auf monatliche Renten. Allein in Polen gab es beispielsweise 1972 67.769 Empfänger solcher Zahlungen.

1996 entschied jedoch das Bundesverfassungsgericht, dass individuell Geschädigte auch individuell Schadensersatzansprüche einklagen könnten. Trotz dieses Urteils mussten sich Staat und Firmen keine Sorgen machen. Ehemalige ZwangsarbeiterInnen mussten erstmal den Nachweis im Detail erbringen, dass sie wirklich ZwangsarbeiterInnen gewesen waren, und dann noch die Kosten für ihren Rechtsbeistand tragen. Diese Kosten würden allerdings in der Regel die Entschädigungssumme übersteigen, die sie eventuell erhalten könnten.

In den USA ist die Situation jedoch anders. Dort gibt es die Möglichkeit, Sammelklagen einzureichen. Ein einziger Kläger kann für sich selbst und gleichzeitig für alle anderen Personen klagen, die eine ähnliche Lage geltend machen können. Nachdem aus den Vereinigten Staaten Druck gemacht worden war, indem man mit einer Sammelklage drohte, fühlten sich einige Unternehmen bedrängt und gründeten die bereits erwähnte Stiftungsinitiative. Sie stellten aber klar, dass es sich hierbei um eine freiwillige „humanitäre Geste“ handelt. In der Präambel der Stiftungsinitiative ist zu lesen: „Rechtsansprüche gegen deutsche Unternehmen im Hinblick auf Zwangsarbeit und Verfolgung während der NS-Zeit bestehen nicht“, denn „nationalsozialistische Verfolgung und Zwangsarbeit [gingen] vom NS-Staat aus“ und nicht von den Unternehmen. Tatsächlich wurden die deutschen Konzerne aber keineswegs von den Nazis gezwungen, sondern profitierten sehr gerne vom Naziregime und der damit einhergehenden Barbarei. Während der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sank, stiegen die Gewinne der

Kapitalgesellschaften von 1933 bis 1938 um das Zwanzigfache. Als schließlich die deutschen Arbeiter an die Front geschickt wurden, hatte man keinerlei Skrupel, rund 14 Millionen Zwangsarbeiter in deutschen Wirtschaftsbetrieben auszubeuten. Entsprechend der schäbigen Lüge, nur der NS-Staat sei verantwortlich, handelt auch die rot-grüne Regierung. Sie unterstützte dies unter anderem dadurch, dass sie dem Degussa-Konzern im Juni 1999 mit einem förmlichen Amicus-Curiae-Brief vor einem Gericht in New Jersey zur Seite trat. Degussa wurde in diesem Verfahren von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen auf Entschädigung verklagt. Die Berliner Regierung erreichte ihr Ziel, als sich das Gericht in New Jersey für nicht zuständig erklärte und die Kläger auf die völkerrechtliche Ebene verwies. Erwähnt werden sollte an dieser Stelle, dass die Degussa zusammen mit der IG Farben die Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung) besaß, welche das Zyklon B herstellte, mit dem die KZ-Häftlinge in Auschwitz vergast wurden. Das Zahngold der Ermordeten wurde anschließend an die Degussa versandt, welche es zu Goldbarren einschmolz.

Im November 1999 planten zwei Senatoren, im US-Senat eine Gesetzesvorlage einzubringen, die verlangte, dass Entschädigungsklagen von NS-Opfern künftig von US-Gerichten entschieden werden müssten, statt auf die völker- bzw. staatsrechtliche Ebene abgeschoben zu werden. Da das Gesetz drohte, eine Mehrheit zu erhalten, erklärten sich die Deutschen bereit, 10 Milliarden DM zu zahlen. Deutsche Konzerne, die sich allesamt in den USA milliardenschweren Schadensersatzklagen gegenübersehen, gründeten deshalb zusammen mit der Bundesregierung die erwähnte Stiftungsinitiative. So konnten sie mit einem Schlag alle Schulden aus der Nazi-Zeit loswerden und sich für ihre vermeintliche Humanität feiern lassen. Wenn man aber nun diese 10 Milliarden DM auf alle noch lebenden ehemaligen ZwangsarbeiterInnen verteilt, bleibt jedem nur noch ein recht geringer Betrag. Statt die Summe zu erhöhen, versuchte man lieber, den Kreis der Leistungsberechtigten einzuengen. Ansprüche erheben konnten etwa nur die, die mindestens zwei Monate inhaftiert und zur Arbeit gezwungen worden waren. Das heißt, dass beispielsweise alle, die in der Landwirtschaft zur Arbeit gezwungen worden waren, leer ausgehen, da sie nicht inhaftiert waren. Doch selbst als die nötigen Mittel aufgebracht waren, weigerten sich die Unternehmen, die Gelder freizugeben. Dies sollte erst dann geschehen, wenn alle Klagen in den USA zurückgezogen würden. Das bedeutet, dass man die NS-Verfolgten dazu auffordert, grundsätzlich darauf zu verzichten, ihre Ansprüche auf dem Rechtsweg einzuklagen. Den meisten ehemaligen ZwangsarbeiterInnen bleibt nichts anderes übrig, als sich auf diese billige (im wahrsten Sinne des Wortes) Art und Weise abspeisen zu lassen, da ihnen auf Grund ihres hohen Alters die Zeit und die Kraft fehlen, für eine auch nur halbwegs gerechte und angemessene Entschädigung zu kämpfen. Der Großteil der Anspruchsberechtigten ist bereits gestorben, und die noch Lebenden müssen nehmen, was sie kriegen können. So gelingt es der Wirtschaft, ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen und mit der Stiftung das Schnäppchen des Jahrtausends zu machen.

In ihrem „Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung“ proklamiert die Bundesregierung, dass diese „umfassende Wiedergutmachung“ ein „abschließendes Zeichen“ sei und dass jegliche „Ansprüche gegen Dritte ausgeschlossen“ seien.

Jeder, der von der Stiftungsinitiative Geld erhält, erklärt sich damit einverstanden, dass er „auf jede weitere Inanspruchnahme der öffentlichen Hand und der deutschen Unternehmen aus dem Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht unwiderruflich verzichtet.“

Deutlicher kann man wohl kaum erklären, dass man sich im Grunde keiner Schuld bewusst ist und die Zeit für einen endgültigen Schlusstrich gekommen sieht. In gewisser Hinsicht steht Deutschland damit 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Kriegsgewinner da.

„Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ oder: Die Aktualität Theodor W. Adornos

"Der Nationalsozialismus lebt nach, und bis heute wissen wir nicht, ob als Gespenst dessen, was so monströs war, daß es am eigenen Tode noch nicht starb, oder ob es gar nicht erst zum Tode kam; ob die Bereitschaft zum Unsäglichen fortwäh in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern."

Bereits 1959 äußerte sich so Theodor W. Adorno in einem Vortrag mit dem Titel „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit.“ Vortrag wie Fragestellung haben bis heute nichts an Aktualität eingebüßt, auffällig ist jedoch, wie früh schon Adorno Tendenzen im deutschen Umgang mit der Geschichte feststellt und kritisiert, die heute fester Bestandteil bundesrepublikanischer Gedenkkultur sind.

So weist er etwa darauf hin, dass im Zuge deutscher Erinnerung Aufarbeitung eben nicht heiße, das Vergangene ernsthaft zu reflektieren und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Vielmehr sei es das Ziel, endlich einen Schlusstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und ein allgemeines Vergessen zu legitimieren, wobei selbst die banale Feststellung Adornos, der „*Gestus, es solle alles vergessen und vergeben sein*“ stehe nicht den Tätern, sondern allenfalls den Opfern zu, heute nach wie vor nicht gesellschaftlicher Konsens ist. Auch die Tatsache, dass heute niemand mehr von „Aufarbeitung der Vergangenheit“, sondern alle von ihrer „Bewältigung“ sprechen deutet auf das Fortbestehen der Schlusstrichsehnsucht hin: Aufarbeitung sei bereits geleistet, suggeriert die aktuelle Debatte, Bewältigung sei an der Zeit, ein endgültig abschließender Vorgang also.

Adorno macht als Ursachen für die deutsche Vergangenheitsabwehr zum Einen pragmatische Gründe aus, wie den, eine allzu konkrete Erinnerung könnte dem Ansehen Deutschlands schaden. Zum Anderen aber gebe es auch sozialpsychologische Gründe.¹ Tatsächlich zeigt die Tilgung des Nationalsozialismus aus dem kollektiven Gedächtnis psychopathologische Züge, die auf so etwas wie einen „Schuldkomplex“ hindeuten. Nicht nur in den frühen Jahren der BRD, sondern bis heute lassen sich diese nachweisen: Auf die Vergangenheit angesprochen reagieren viele mit „*Gesten der Verteidigung, dort wo man nicht angegriffen ist*“. Auch heute lässt sich das noch nachverfolgen, etwa anhand der teilweise heftigen Reaktionen, die man erwarten muss, kritisiert man deutsche Erinnerungskultur am Beispiel Dresdens. Dabei wäre doch eigentlich heute mit einer größeren Distanz zu rechnen, schon weil sechzig Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus wirklich nahezu niemand mehr aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit persönlich

angegriffen werden kann.

Neben diesen Reaktionen, die zumindest im öffentlichen Diskurs weniger zu werden scheinen, wird ein anderes irrationales Moment in der Auseinandersetzung immer zentraler: die Aufrechnung und das Vergleichen von Schuld. Fast ein halbes Jahrhundert nach Adornos Vortrag hat man auch heute mit den heftigsten und nach wie vor irrationalen Reaktionen zu rechnen, stellt man mit Adorno öffentlich fest: Im Vergleich zwischen Auschwitz und Dresden „*liegt vorweg etwas Unmenschliches, und Kampfhandlungen im Kriege ... sind kaum vergleichbar mit der administrativen Ermordung von Millionen unschuldiger Menschen.*“

Zu Recht jedoch ist Adorno vorsichtig mit der psychologischen Begründung von



Vergangenheitsabwehr und einer Rede vom „Schuldkomplex“ überhaupt. Zwei Gefahren birgt der Begriff: Erstens lässt er die Assoziation zu, eine Schuld sei gar nicht wirklich vorhanden, sondern bestehe nur in pathologischer Einbildung, denn der Begriff „Komplex“ bezeichnet ja eigentlich eine Reaktion, die der Realität nicht angemessen ist. Im Falle des deutschen Verbrechens ist die Schuld aber furchtbar real und die Rede vom Komplex

könnte dies verharmlosen. Zweitens aber lässt sich mit diesem Begriff auch eine Verdrehung anstellen, die im Nachhinein Täter-Opfer-Kategorien verwischt. Erst durch die Konstruktion einer „Kollektivschuld“, wird oft mit dem Begriff „Schuldkomplex“ assoziiert, sei deutsches Schuldgefühl so unerträglich geworden. Im Nachhinein also werden frühere Täter zu Opfern stilisiert, die nicht durch objektive Taten etwa, sondern durch öffentliches Anklagen dieser zum psychopathologischen Fall wurden. Der zu recht umstrittene Begriff „Kollektivschuld“ kann damit entsorgt werden, ohne an seinen Wahrheitsgehalt zu rühren, im Hinblick auf die Zukunft – die heute bereits alltägliche Gegenwart ist – ist damit der Weg für die Exkulpation der Nation gebahnt.

¹ Adorno verwarft sich dabei jedoch der Folgen einseitigen Psychologisierens. Er betont mehrmals die Bedeutung objektiver Verhältnisse für die psychische Konstitution der Einzelnen und der Gesellschaft. Auch sind seine sozialpsychologischen Argumente keine,

die vom Individuum zugunsten des Sozialen, der „Masse“ absehen. Seine Sozialpsychologie untersucht vielmehr die Vorgänge im einzelnen Subjekt, insofern es einer Masse angehört.

„Daß der Faschismus nachlebt; daß die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang und zu ihrem Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen, ausartete, rührt daher, daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten.“

Die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen bestehen also fort. Das sind natürlich zuerst einmal politökonomische Voraussetzungen. Die Entfremdung der Individuen im kapitalistischen Prozess ist nicht abgeschafft. Mit ihr aber sind alle psycho-pathologischen Reaktionen auf eine Welt, in der man nicht gut leben kann, obwohl man es könnte, immer noch vorhanden. Es ist alltäglich erfahrbar, dass es mit dem Stand der Entwicklung möglich wäre, vieles Elend aus der Welt zu entfernen (Adorno erwähnt hier als Beispiel Hunger), jedoch, es geschieht nicht. Dass die Reaktion darauf nicht eine vernünftige ist, die sich die Ursachen der Widersprüchlichkeit der Welt klarmachte, lässt sich mit dem Begriff des „autoritären Charakters“ am ehesten fassen. Die Individuen sind angesichts der Welt, in der sie leben, ohnmächtig, etwas gegen sie zu tun. Sie leben in einer Welt, die ihnen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse systematisch vorenthält. Der autoritäre Charakter reagiert darauf mit einer Affirmation der Erfahrungen. Unfähig, auszubrechen (und zwar nicht nur praktisch, sondern auch in Gedanken), wird die Welt in ihren Kategorien Macht-Ohnmacht empfunden und sich realer Macht angeschlossen.

Viele Ausprägungen der Verdrängungsleistungen äußern sich auch heute noch in derselben Form, wie im Nationalsozialismus: „Aktuell aber ist der Nationalismus insofern, als allein die überlieferte und psychologisch eminent besetzte Idee der Nation, [...] Kraft genug [hat], Hunderte von Millionen für Zwecke einzuspannen, die sie nicht unmittelbar als die ihren betrachten können.“ Der Wesensgehalt der Nation hat sich also kaum verändert, in ihm stecken auch heute noch dieselben Motivationen: Das Aufgehen des Einzelnen im „großen Ganzen“, das ihn vor der tatsächlichen und paranoid-eingebildeten Bosheit der Welt schützen soll, ihn über diese erhebt:

„Die, deren reale Ohnmacht andauert, können das Bessere nicht einmal als Schein ertragen; lieber möchten sie die Verpflichtung zu einer Autonomie loswerden, und sich in den Schmelztiegel des Kollektiv-Ichs werfen.“

Und auch ein weiteres Motiv, das der deutschen Vergangenheit ebenso innewohnt wie der Gegenwart fasst Adorno unter die psychopathologische Reaktion auf objektive Vergesellschaftung. In einer Welt, in der man nicht haben kann, was man will, wird den paranoiden Menschen eben das Objekt ihrer Bedürfnisse zum Hassobjekt und die angeblichen Inhaber werden zum Opfer einer wahnhaften Projektion. Der Antisemitismus war und ist die praktische Ausprägung dieser Projektionsleistung:

„Paranoia, der Verfolgungswahn, der die anderen verfolgt, auf die er projiziert, was er selber möchte, steckt an. Von kollektiven Wahnvorstellungen wie dem Antisemitismus wird die Pathologie des Einzelnen, der psychisch der Welt nicht mehr gewachsen sich zeigt [...], bestätigt.“

Freilich lässt sich dem Antisemitismus, der Nation und der Volksgemeinschaft weder heute noch zu der Zeit, in der Adornos Vortrag entstand, so offen fröhnen wie im

Nationalsozialismus. Das heißt aber eben im Sinne Adornos nicht, dass damit wirklich etwas besser geworden wäre. Zum Einen besteht eben das Phänomen fort, wie es die obigen Zitate belegen, zum Anderen ist die Vergangenheitsabwehr damit eine doppelte: Sie ist einerseits notwendig, weil die Individuen die gleichen Verhaltensweisen fortführen und schon allein deshalb nicht sich einer rationalen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stellen können - wie soll man sich als Antisemit auch mit Antisemitismus auseinandersetzen. Die Aufarbeitung ist zum Anderen aber auch durch die Unmöglichkeit, diese Verhaltensweisen voll ausleben zu können, erschwert. In Deutschland erscheint jeder Hinweis auf die furchtbaren Konsequenzen von Volksgeist, Nationalismus und Antisemitismus diese nur zu bestärken. Das ohnehin psychopathische Individuum, das seine Welt nur durch Projektionen sich erklären kann ist um eine Projektionsfläche reicher: ihm ist angeblich auch noch die Möglichkeit zum unverblühten Umgang mit Volk, Nation - und eben auch ihren Gegenkategorien - von außen verboten.

„Dieser kollektive Narzißmus ist durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste geschädigt worden. Seine Schädigung ereignete sich im Bereich der bloßen Tatsächlichkeit, ohne daß die Einzelnen sie sich bewusst gemacht hätten und dadurch mit ihr fertig geworden wären. Das ist der sozialpsychologisch zutreffende Sinn der Rede von der unbewältigten Vergangenheit.“

Die Tatsache also, dass deutscher Narzißmus einen herben Schlag erlitt, darunter aber nicht nachgegeben hat, wie man vermuten müsste - sind doch nahezu alle kollektiven Identifikationen zerbrochen - deutet auf sein um so heftigeres und bedrohlicheres Schwelen im individuellen und gesellschaftlichen Untergrund hin. Und bis heute ist die deutsche Eitelkeit ungebrochen, immer offener kommt sie an die Oberfläche, allerdings nicht ohne sich dabei jedes Mal zu versichern, nicht an die Oberfläche kommen zu dürfen (weil von außen auferlegt) und aus dieser scheinbar auferlegten Selbstzüchtigung neues Potential zu ziehen. Der Prozess ist um so auffälliger in einer Zeit, in der internationale Überwachung deutscher öffentlicher Debatten immer mehr zurückgeht; schließlich war in den 1950er Jahren die deutsche Souveränität lange nicht so konsolidiert wie heute. Eine weitere Verschärfung der These Adornos wäre heute also fällig, um dieser Realität gerecht zu werden.

„Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.“

Bereits die Tatsache, dass alle bisher erwähnten Ursachen für faschistische Tendenzen und damit auch für Vergangenheitsabwehr aus der Mitte der politökonomischen Bedingungen stammen, rechtfertigt die Annahme, dass die nazistischen Strömungen in der Demokratie fortleben und auch aus und in ihr wirken können.

Dabei müssen jedoch die Unterschiede in der Demokratie, wie

sie Adorno Ende der 50er Jahre beschreibt und der heutigen Zeit berücksichtigt werden. Die Demokratie habe sich damals noch nicht wirklich eingebürgert, in dem Sinne, dass sie von den Menschen als ihre Sache empfunden worden wäre. Gleichzeitig sei damit aber die naive Entschuldigung entstanden, ähnlich der von „Halbwüchsigen, die, wenn sie bei irgendeiner Gewalttätigkeit ertappt werden, sich auf ihre Zugehörigkeit zur Gruppe der Teenagers herausreden“. Die Entschuldigung, man sei eben in Deutschland mit der Demokratie noch nicht so weit, ist spätestens seit 1989 abgelegt. Deutschland steht selbstbewusst im Reigen der bürgerlich-demokratischen Nationen. Es scheint sich also hier etwas Grundlegendes in der Gesellschaft getan zu haben, das Adornos Befürchtung jedoch keineswegs abschwächt, ganz im Gegenteil.

Die Entschuldigung für Gewalttätigkeiten – erinnert sei bloß an die anfangs erwähnte Unmenschlichkeit, mit der Auschwitz und Dresden verglichen werden – ist heute obsolet geworden, und nicht weil es nichts mehr zu entschuldigen gäbe, sondern weil Deutschland sich in seiner Demokratie so gefestigt hat, dass selbst nazistische Ausbrüche von ihr gedeckt werden. Eine Demokratie, die Entschuldigungen braucht, ist zwar keine gefestigte und deshalb anfällig für faschistische Tendenzen, eine Demokratie aber, die angesichts der gleichen Situation keine Entschuldigungen braucht, hat den scheinbaren Bruch zwischen Demokratie und Nationalsozialismus bereits überwunden.

An den gesellschaftlichen Zuständen, die Adorno 1959 vorfand, scheint sich bis heute nicht viel geändert zu haben, wenn man mal von den „Fortschritten“ in der deutschen Erinnerungsabwehr bzw. bei der Nutzbarmachung der Vergangenheit und von der weiteren Verschärfung faschistischer Tendenzen in der Demokratie absieht. Lediglich in zwei weiteren Aspekten wäre Adorno zu verbessern, will man die heutige Realität beschreiben: Die Frage, „wie weit es geraten sei, bei Versuchen zu öffentlicher Aufklärung aufs Vergangene einzugehen, und ob nicht gerade die Insistenz darauf trotzigen Widerstand und das Gegenteil dessen bewirke, was sie bewirken soll“, scheint Adorno tatsächlich zu optimistisch behandelt zu haben. Bei allen

Bedenken, die er der grundsätzlichen Aufklärbarkeit der Menschen ohne Änderung der politökonomischen Bedingungen entgegenbringt, scheint es, als würde die heutige Realität seine Bedenken übersteigen. Glaubte Adorno noch, dass Aufklärung nicht möglich sei, so zeigt sich heute, dass damit des Elends nicht genug ist, vielmehr lässt sich „Aufklärung“ über die Vergangenheit als Motor der vergangenen Motive verwenden. Mit Auschwitz Kriege rechtfertigen, deutsche Täter in europäische Opferkategorien einreihen, kollektiven Narzißmus um die Einbildung moralischer Überlegenheit bereichern, das übersteigt die bloße Unfähigkeit zur Aufklärung.

Auch die zweite „Korrektur“ von Adornos Vortrag ist vielmehr eine Verschärfung seiner Aussage: „Ich habe das Düstere übertrieben, der Maxime folgend, daß heute überhaupt nur Übertreibung das Medium von Wahrheit sei.“ Der Begriff „Übertreibung“ mag für den Zeitraum, den Adorno vor Augen hatte, zutreffend sein. Heute jedoch, in Zeiten, in denen deutscher Narzißmus, Vergangenheitsabwehr, die Nutzbarmachung von Vergangenheit und moralische Selbstüberhöhung zum deutschen Alltag gehören, scheint keine von Adornos Befürchtungen mehr übertrieben zu sein, sein Credo scheint heute dringlichere Forderung zu sein denn je:

„Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären.“

Der Vortrag ist Nachzulesen in:

W. Adorno: Eingriffe, Neun Kritische Modelle. Suhrkamp oder

W. Adorno: Gesammelte Schriften, Band 10. Suhrkamp

Eine Tonaufzeichnung des Vortrags, der in den 60er Jahren im Rundfunk gehalten wurde ist im Internet unter <http://www.contextxxi.at> zu finden.

„Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen“

Sekundärer Antisemitismus und aggressive Erinnerungsabwehr

Das Wissen über den von Deutschen begangenen, bürokratisch organisierten und arbeitsteilig durchgeführten Mord an Millionen europäischer Juden müsste eigentlich aus sich selbst heraus Antisemitismus unmöglich machen. Der gesellschaftliche, politische und private Alltag in der heutigen BRD jedoch weist ein anderes Bild auf: Antisemitische Stereotype lassen sich nicht nur weitgehend unverändert in der Gesellschaft nachweisen, vielmehr noch scheinen sich tradierte antisemitische Motive an der Situation des Post-Holocaust neu aufzuladen. Dabei ist gerade die Erinnerungspolitik der wesentliche Ursprung sekundäranisemitischer¹ Vorurteile, lassen sich diese doch an allen Momenten des Erinnerungsdiskurses feststellen:

Schuldabwehr und Erinnerungsverweigerung

Zentrales Moment der Erinnerungsabwehr ist und war zu allen Zeiten die Abwehr von Schuld, beziehungsweise die vollständige Weigerung, sich an geschehenes Unrecht zu erinnern, wobei es keine Rolle spielt, in welcher Verlaufsform sich dies darstellt: vollständiges Beschweigen des Holocaust als noch recht defensive Form, aggressive Schlussstrichforderung oder die neue Geschwätzigkeit, die jedoch nicht auf Thematisierung des Grauens hinarbeitet, sondern auf dessen Relativierung. Schon allein die Tatsache, dass der millionenfache Mord nicht ins Bewusstsein vorrückt und Schuldgefühle oder Scham hervorruft, die Tatsache, dass den Opfern kein Mitleid entgegen gebracht wird, deutet auf tendenziell antisemitische

¹ Der Begriff sekundärer Antisemitismus meint keine Abschwächung zum primären, vielmehr ist damit ein Antisemitismus wegen Auschwitz gemeint, ein Antisemitismus wegen Antisemitismus letztendlich, deshalb auch ‚sekundär‘. Der Unterschied zwischen primärem modernen

Antisemitismus und sekundärem ist jedoch keiner ums Ganze, vielmehr entspringt der sekundäre aus dem primären und übernimmt viele seiner Motive, was an einigen noch gezeigt werden soll.

Grundhaltungen hin, ist es doch der empfundene Unterschied zwischen deutschem Kollektiv und jüdischen Opfern, der für die kalte Indifferenz gegenüber den Opfern verantwortlich ist.

Damit aber nicht genug. Die bloße Existenz von Juden muss für das erinnerungsverweigernde Individuum zur Bedrohung werden, weil es die wenigen Überlebenden notwendigerweise als Zeugen und Vorwurf zugleich wahrnehmen muss. Dabei spielt es keine Rolle, wie sich die Überlebenden tatsächlich verhalten. Für die, die um jeden Preis vergessen wollen, sind sogar tote Juden eine Zumutung, wenn durch Denkmale oder Friedhöfe allzu greifbar ihre Todesursache in Erinnerung gerufen wird. Wie bei primäranisemitischen Stereotypen ist es auch hier für den Antisemiten egal, wie die Objekte seiner Projektion real handeln. Auch der sekundäre Antisemitismus bedarf keiner empirischen Bestätigung; er ist „eine freie und totale Wahl, eine umfassende Haltung, [...] er ist zugleich Leidenschaft und Weltanschauung“. Die „Idee vom Juden erscheint als das Wesentliche“², nicht die realen Juden und ihr Verhalten.

Hinter dem Wunsch, die oft beschworene „Normalität“ herzustellen, steckt nichts Anderes als das tiefe Verlangen, die Vergangenheit nicht mehr wahrnehmen zu müssen, sich dem narzißtischen Kollektiv anschließen zu können, weswegen aber dieses Kollektiv erst von dem auf ihm lastenden Schuldvorwurf befreit werden muss – wiederum ist egal, ob der Schuldvorwurf tatsächlich von außen kommt, oder latent vorhandenes Schuldbewusstsein externalisiert, also auf das Außen projiziert wird.

Wie weit verbreitet auch heute noch das aggressive Bedürfnis nach „Normalität“ ist und wie überbewertet die Thematisierung des Holocaust empfunden wird, zeigt eine Umfrage, die ein Projekt der Bielefelder Universität im Jahr 2004 anstellte: 44,5% der Befragten antworteten auf die Aussage „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.“ mit voller Zustimmung, weitere 23,8% stimmten ‚eher‘ zu. Ja sogar bloßes in Erinnerung Rufen der Taten stößt auf weitgehende Ablehnung: „Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.“ Dieser Aussage stimmten 41,3% voll und 20,9% eher zu.

Die kollektive Kränkung wird von der Gesellschaft und den Individuen mit einer Tendenz zur „irrationalen Abwehr und zum aggressiven Zurückschlagen“³ beantwortet. In diesem Wahn sind die Juden, egal, ob sie den Holocaust thematisieren oder nicht, diejenigen, von denen die Kränkung ausgeht. Kaum jemand hat die dargestellten Thesen so eindeutig bekräftigt wie Martin Walser in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels: „Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt.“ Auschwitzleugnung und Relativierung seien nur ein marginales Problem, verursacht durch krankhafte Spinner, während die Darstellung deutscher Schuld in den Medien überrepräsentiert, ja „dauerpräsentiert“ sei. Die „Schande“, von der Walser spricht, ist nicht etwa Ausdruck

von Scham über das Geschehene, sondern Bekundung eben jener Kränkung, die das narzißtische Kollektiv durch den gerechtfertigten Schuldvorwurf erfährt. Walser bringt aber noch ein weiteres Motiv in die Diskussion ein: „Wenn ich merke, daß sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken.“ Die Naivität der Sprache, die er sich selbst auferlegt, um möglichen Vorwürfen entgegen zu können, drückt aus, dass es sich hierbei ja nur um beinahe unbewusste Vorgänge handle, bei denen er sich ertappt. Die Wendung jedoch, die dem folgen müsste, nämlich dass die Vorgänge, sind sie erst einmal wahrgenommen, bekämpft werden müssten, bleibt bei ihm aus, die Reaktionen werden also gleichsam legitimiert. Walser ist also erleichtert, wenn er einer – wahnhaft überrepräsentiert wahrgenommenen - Mahnung an die Vergangenheit eine zweckgerichtete Instrumentalisierung andichten kann. Damit hat er ein weiteres Motiv des sekundären Antisemitismus klargelegt: Die als Kränkung empfundene Demonstration der Vergangenheit wird delegitimiert, indem man den Mahnern (gleich, ob sie tatsächlich als Mahner auftreten oder nicht, werden Juden als solche wahrgenommen) vorwirft, damit Interessen zu verfolgen.

Dass heute oftmals im politischen Diskurs die erinnerungspolitische Geschwätzigkeit das Verschweigen der Vergangenheit abgelöst hat, ist kein Widerspruch zu der Annahme, es handle sich bei deutscher Erinnerungspolitik immer um Schuldabwehr. Vielmehr lässt sich diese Tatsache problemlos in den Kanon sekundäranisemitischer Reaktionen einreihen – wengleich natürlich die oben genannte Umfrage zeigt, dass der Großteil derer, die an der Wiederherstellung des Kollektivs mitarbeiten, noch auf Verschweigen oder zumindest nicht auf offenes, selbständiges Thematisieren der Vergangenheit eingestellt sind.

Die aktuelle Strategie fußt nicht auf vollständiger Abwehr der Schuld, sondern darauf, die Schuld mit anderen Ereignissen aufzuwiegen, sie zu relativieren und ihrer grauenhaften Einzigartigkeit zu entledigen. Besonders viel erinnerungspolitisches Kapital lässt sich natürlich daraus schlagen, wenn man ausgerechnet den angeblichen Mahnern Schuld vorwirft und sie mit der eigenen, unbeschreiblichen, gleichsetzt. Am somit beliebten Motiv der Israelkritik lässt sich eine Verquickung gleich mehrerer Erscheinungsformen des Antisemitismus nach Auschwitz nachweisen: Israelkritik wird nicht als Kritik an einem Staat betrieben, sondern die Politik Israels wird mit der Gesamtheit der Juden, also auch denen, die nicht in Israel leben, in Verbindung gebracht, den „Mahnern“ wird also die auf sie projizierte moralische Überlegenheit genommen. Im Antizionismus lässt sich bequem das Tabu, das über die offene Artikulation von Antisemitismus verhängt ist, umgehen und gleichzeitig die sekundäranisemitische Relativierung bis zu ihrem Höhepunkt treiben: der Gleichsetzung der Opfer mit den Tätern. Dass es sich dabei nicht um extreme Meinungen, sondern durchaus um ein Phänomen der gesellschaftlichen Mitte handelt (wengleich sehr wohl festzustellen ist, dass gerade auch linker

2 beide Zitate: Jean-Paul Sartre: Überlegungen zur Judenfrage

3 Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr

Antizionismus für diese Gleichsetzung taugt und oftmals in härterer Form vorgetragen wird, als vom Mainstream), zeigt erneut eindrucksvoll besagte Umfrage: 51,2% (23,9% ‚eher‘; 27,3% ‚voll‘) stimmen folgender Aussage zu: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“ Damit ist vollendet, was sich über andere Relativierungen nie vollständig erreichen lässt: die Opfer sind den Tätern identisch, das kollektive Bewusstsein kann aufatmen, der „Versuch, die eigene überwertige Identifikation mit dem Kollektiv, zu dem man gehört, in Übereinstimmung zu bringen mit dem Wissen vom Frevel“⁴ ist geglückt.

Das Allgemeine zum Besonderen:

Primäranisemitische Stereotype

Antisemitisch zeigt sich die kollektive Reaktion auf Auschwitz nicht bloß deshalb, weil sie Schuld und Verarbeitung ablehnt, die Erinnerung verweigert, wahnhaft moralische Bedenken als von außen auf sich einprasselnd halluziniert und schlussendlich die Opfer - um sie ihrer moralischen Überlegenheit zu entledigen, die als Kränkung empfunden wird - zu Tätern macht, sondern auch und gerade, weil sie aus dem Pool der Motive des modernen Antisemitismus schöpft, sich also dessen bedient, was erst zu Auschwitz führte.

Ein uraltes antisemitisches Stereotyp ist das der angeblichen jüdischen Rachsucht. Ursprünglich ein religiöses Motiv, das den ‚jüdischen Gott der Rache‘ einem christlichen ‚Gott der Liebe‘ negativ entgegengesetzte, entwickelte es sich im modernen Antisemitismus zum allgemeinen Vorurteil weiter, das von einer allgemeinen jüdischen Rachsucht ausgeht. Konsequenter wird das alte Stereotyp im sekundären Antisemitismus auf den Holocaust angewendet: „Das Verhalten [...] der Juden nach dem Zusammenbruch wird von manchen als Rachsucht gedeutet, und im Namen einer Humanität, die während des Dritten Reiches nicht eben hoch im Kurs stand, wird diese Rachsucht verpönt.“⁵ Die verständliche Tatsache also, dass es

jüdische Menschen gibt, die sich bis heute der ‚Versöhnung‘ verweigern, also die deutsche Schlussstrichforderung nicht anerkennen und auf der Täterschaft beharren, wird zur jüdischen Rachsucht stilisiert.

Eine weitere Erklärung für das Verhalten von Juden, die bis heute nicht aufhören, auf korrekten historischen Kategorien von Opfern und Tätern zu beharren, bietet sich dem sekundäranisemitischen Bewusstsein im alten Vorurteil der jüdischen Geldgier. Nicht selten lässt sich auch heute noch die Anklage vernehmen, es würde aus der Erinnerung Profit geschlagen⁶ - und sei es auch, dass sich heutige Vorurteile dann eher auf z.B. das Holocaust-Mahnmal beziehen statt auf individuelle Bereicherung.

Die Medienpräsenz, die dem Thema gerade in letzter Zeit zukommt, wird, in Perpetuierung des antisemitischen Stereotyps des übermäßigen, ja grenzenlosen jüdischen Einflusses, als Indiz für die (Medien-)Macht der Juden halluziniert. Eben diese Macht ist das zentrale Element sowohl des primären als auch des sekundären Antisemitismus. In pathologischer Projektion wird den Juden eine internationale Macht zugeschrieben, die sie in diesem Fall um die ‚Macht der Opfer‘ erweitern: „Nicht die Mächtigkeit des Geschehenen – die Unendlichkeit der Leichenberge ermordeter Juden – und seiner ständigen Wiederkehr im unbearbeiteten Schuldgefühl des Selbst wird jedoch als Ursache der Macht der Erinnerung identifiziert, sondern die Macht der vom Abwehrenden personalisierten, externalisierten Instanz dieser Erinnerung: die ‚verschwörerische Macht der Juden‘.“⁷

Derart mit Vorurteilen ausgestattet kann der sekundäre Antisemit die letzte und endgültigste Verdrehung vornehmen: die Verdrehung von Opfer und Täter im Jetzt und für alle Zeit, indem er seinen Hass als gerechtfertigte Reaktion auf die „Verfolgung der Antisemiten durch die Juden“⁸ darstellt. Der Unterschied zwischen sekundärem und primärem Antisemitismus ist darin bereits aufgelöst, und die antisemitische Projektion ist in ihrer vollen Gestalt für die Zukunft reaktiviert und neu in Stellung gebracht.

4 Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr

5 ebenda

6 v.a. das Buch von Norman Finkelstein mit dem bezeichnenden Titel „Die Holocaust-Industrie“

7 Lars Rensmann: Kritische Theorie über den Antisemitismus

8 Leo Löwenthal

Veranstaltungshinweis:

Film "Komm und Sieh"

am **Dienstag 03.05.05** um **20.00** im **Jugendclub Bureau.**

Hören & Diskutieren

Th. W. Adorno: "Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit" (Rundfunkaufnahme)

am **Mittwoch 04.05.05** um **20.00** im **Jugendclub Bureau.**

Lesung und Diskussion

Thomas Kuczynski: "**Brosamen vom Herrentisch**"
Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im

2. Weltkrieg nach Deutschland verschleppten
Zwangsarbeiter

am **Mittwoch 18.05.05** um **20.00** im **Jugendclub Bureau.**

Vi.S.d.P.:

Redaktion ...und?! | Clara Fall | c/o Jugendclub Bureau
Hafnersgraben 9 | 92237 Sulzbach-Rosenberg
mail: u-n-d@gmx.net